

**Das Aufeinandertreffen von Interessengruppen  
am Beispiel  
des Lausitzer Braunkohlereviers**

**Bachelorarbeit**

an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (FH),  
Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen  
zum Erwerb des Hochschulgrades  
Bachelor of Laws (LL.B.)

vorgelegt von  
**Tony Veith**  
aus Dresden

Meißen, 25.03.2019

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	IV	
<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
1.1	Auf dem Weg zu einer globalen Klimapolitik .....	1
1.2	Klimapolitik in Deutschland.....	2
1.3	Zielstellung und Aufbau der vorliegenden Arbeit.....	4
<b>2</b>	<b>Hauptteil</b> .....	<b>5</b>
2.1	Das Lausitzer Braunkohlerevier .....	5
2.1.1	Die Geschichte der Lausitzer Braunkohleindustrie.....	5
2.1.2	Die Lausitz heute.....	7
2.1.2.1	Das Revier im Wandel.....	7
2.1.2.2	Gesellschaftliche und Regionale Entwicklungen.....	8
2.2	Interessengruppen und das Lausitzer Braunkohlerevier .....	10
2.2.1	Interessenvertretung und Lobbyismus .....	10
2.2.2	Vereinigungen mit einem Interesse am Lausitzer Braunkohlerevier.....	13
2.2.2.1	Tendenzielle Unterstützer der Braunkohleindustrie.....	14
2.2.2.1.1	BDI.....	14
2.2.2.1.2	DEBRIV.....	14
2.2.2.1.3	IG BCE.....	15
2.2.2.1.4	DIHK & IHK.....	16
2.2.2.1.5	Pro Lausitzer Braunkohle e.V.....	17
2.2.2.1.6	Die Lausitzrunde.....	17
2.2.2.1.7	Weitere Interessengruppen.....	18
2.2.2.2	Tendenzielle Gegner der Braunkohleindustrie .....	20
2.2.2.2.1	Greenpeace.....	20
2.2.2.2.2	BUND.....	20
2.2.2.2.3	NABU.....	21
2.2.2.2.4	NaturFreunde Deutschlands.....	22
2.2.2.2.5	Grüne Liga.....	23
2.2.2.2.6	Öko-Institut.....	23
2.2.2.2.7	Weitere Interessengruppen.....	24
2.3	Die Arbeitsweise von Interessengruppen.....	26
2.3.1	Allgemeine Darstellung.....	26
2.3.1.1	Adressaten von Interessengruppen .....	26
2.3.1.2	Maßnahmen und Methoden von Interessengruppen.....	28
2.3.1.2.1	Unmittelbare Maßnahmen der Interessenartikulation.....	28
2.3.1.2.1.1	Das persönliche Gespräch.....	28
2.3.1.2.1.2	Öffentlichkeitsarbeit und Medienpräsenz .....	29
2.3.1.2.1.3	Weitere unmittelbare Maßnahmen.....	30
2.3.1.2.2	Mittelbare Maßnahmen der Interessenartikulation .....	30
2.3.1.2.2.1	Öffentlichkeitswirksame Aktionen und Kampagnen .....	30
2.3.1.2.2.2	Die Opposition im Bundestag .....	31
2.3.1.2.2.3	Weitere mittelbare Maßnahmen.....	31
2.3.1.3	Durchsetzungschancen der Interessengruppen.....	31
2.3.2	Darstellung ausgewählter Aktionen.....	33
2.3.2.1	Demonstrationen tendenzieller Braunkohleunterstützer.....	33
2.3.2.1.1	Demonstration gegen die Sicherheitsbereitschaft von Block F.....	33
2.3.2.1.2	Demonstration zum Besuch der Kohlekommission .....	35
2.3.2.2	Demonstrationen tendenzieller Braunkohlegegner .....	36
2.3.2.2.1	Demonstration "Kohle stoppen – Klimaschutz jetzt!".....	36

2.3.2.2.2	Demonstrationen im Rahmen des Lausitzer Klima- und Energiecamps .....	37
2.3.2.3	Fazit zu den Demonstrationen .....	39
<b>3</b>	<b>Ergebnisse</b> .....	<b>41</b>
3.1	Fazit der Untersuchungsergebnisse .....	41
3.2	Ausblick .....	42
3.3	Schlusswort .....	43
	Wesentliche Erkenntnisse der Bachelorarbeit .....	44
	Literaturverzeichnis .....	V
	Rechtsquellenverzeichnis .....	XV
	Eidesstattliche Versicherung .....	XVI

Die in dieser Arbeit gewählten Begriffen gelten, soweit sie geschlechtsbezogen sind, für Frauen und Männer in gleicher Weise.

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Abkürzung</b>	<b>Erläuterung</b>
AGEB	Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
DEBRIV	Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein e.V.
EPH	Energetický a Průmyslový Holding
GP	Greenpeace e.V.
Grüne Liga	Grüne Liga e.V. – Netzwerk ökologischer Bewegungen
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
NaturFreunde Deutschlands	NaturFreunde Deutschlands, Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur, Bundesgruppe Deutschland e.V.
Öko-Institut	Öko-Institut e.V. - Institut für angewandte Ökologie
THG	Treibhausgas
UG Cottbus	Umweltgruppe Cottbus e.V.
UVB	Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.
ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
VRB	Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V.
VSW	Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V.

# 1 Einleitung

## 1.1 Auf dem Weg zu einer globalen Klimapolitik

Wenige Themen waren in den letzten Jahren auf der nationalen sowie internationalen Bühne der Politik so präsent wie die Problematik des Klimaschutzes und die damit zusammenhängende Klimapolitik. Die Vereinten Nationen verständigten sich 1997 im „Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen“ erstmals über rechtsverbindliche Pflichten zur Begrenzung und Reduzierung der Treibhausgase (THG). Der Anstieg von Treibhausgasen in der Erdatmosphäre bewirkt nach wissenschaftlichen Erkenntnissen die Verstärkung des Treibhauseffektes, welcher nach herrschender Meinung für die globale Erderwärmung verantwortlich ist. Die breite Aufmerksamkeit liegt dabei auf dem Treibhausgas Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>).

Das Kyoto-Protokoll sah die Umsetzung der klimaschützenden Maßnahmen in zwei Zeiträumen vor. Die erste Verpflichtungsperiode dauerte von 2008 bis 2012. Die beteiligten Staaten verpflichteten sich dabei, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 um mindestens fünf Prozent zu senken. Dieses Ziel konnte erfüllt werden. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten gingen noch einen Schritt weiter und setzten sich das Ziel, die Emissionen um insgesamt acht Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dieses Ziel wurde sogar übertroffen und nach Berechnungen der Europäischen Umweltagentur sanken die Emissionswerte der EU um insgesamt 11,7 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990. Die zweite Verpflichtungsperiode schloss sich direkt an die Erste an und ist bis zum Jahr 2020 datiert. In diesem Zeitraum verpflichteten sich alle Mitglieder des Kyoto-Protokolls, die CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter zu begrenzen. Im Vergleich zu 1990 um insgesamt 18 Prozent. Die Europäische Union hat sich eine Herabsetzung um 20 Prozent zum Ziel gesetzt (vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit 2017a).

Das allgemein steigende Bewusstsein aller Staaten gegenüber dem Klimaschutz mündete 2015 im internationalen Klimaabkommen von Paris. Darin verpflichteten sich 195 Länder, das „der Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, da erkannt wurde, dass dies die Risiken und Auswirkungen der Klimaänderungen erheblich verringern würde“ (Vereinte Nationen 2015, S. 3f.)

Im Gegensatz zum Kyoto Protokoll legt das Pariser Abkommen keine allgemeingültigen Prozentwerte fest, die zu erreichen sind. Vielmehr setzt man mit dem Klimaabkommen auf eine nationale Selbstverpflichtung und innerstaatliche Maßnahmen, die sich jedes Land eigenständig auferlegen soll.

Die USA beschlossen 2017 unter Präsident Donald Trump, dass sie 2020 aus dem Pariser Abkommen austreten wollen. 2020 sollen die Regelungen des Pariser Abkommens in Kraft treten und das auslaufende Kyoto Protokoll ablösen.

Trotz aller bisherigen Anstrengungen und Maßnahmen war der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Jahr 2018 allerdings so hoch wie nie zuvor. Das geht aus einem Bericht des „Global Carbon Project“ hervor. Demnach stiegen die globalen Emissionen im Jahr 2018 gegenüber dem Jahr 2017 um 2,7 Prozent. Als Hauptursache werden unter anderem der steigende Energiebedarf der Weltbevölkerung und der zunehmende Verkehr angeführt. Problematisch sei außerdem, dass dieser Bedarf immer noch überwiegend durch fossile Brennstoffe gedeckt wird. Die erneuerbaren Energien müssen in der Konsequenz weiter ausgebaut werden, damit sie eine ernsthafte Alternative zu den alternativen Brennstoffen darstellen können (vgl. Global Carbon Project 2018).

## **1.2 Klimapolitik in Deutschland**

Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich unter Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits 2007 für den weltweiten Klimaschutz öffentlich stark gemacht. In Grönland mahnte sie vor den Herausforderungen, die der Klimawandel mit sich bringen wird und auf dem G8-Gipfel im Juni 2017 sprach sie davon, dass Deutschland eine Führungsrolle bei der Bewältigung des Klimawandels einnehmen werde (vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2007). Dementsprechend ehrgeizig setzte die Bundesrepublik ihre Klimaziele sehr hoch und verpflichtete sich ihrerseits, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in der ersten Verpflichtungsphase des Kyoto-Protokolls um insgesamt 21 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 zu senken. Geforderte Zielgröße des Kyoto-Protokolls waren mindestens fünf Prozent. Im Zeitraum zwischen 2008 und 2012 sank der CO<sub>2</sub>-Ausstoß Deutschlands sogar um 23,6 Prozent (vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit 2017b). Die Bundesrepublik hatte ihre Zielstellung damit übertroffen, was jedoch nicht nur auf eine gute Klimapolitik zurückzuführen ist. Ein Grund liegt hier auch im günstigen Referenzjahr 1990. „Im Jahr der Wiedervereinigung qualmten in der untergehenden DDR noch die Schloten. Eine Welle der Stilllegungen fegte in den Jahren durch die neuen Länder. Der Niedergang der DDR-Industrie ließ die deutsche CO<sub>2</sub>-Bilanz glänzend aussehen“ (Kersting und Stratmann 2018).

Nichts desto trotz ist Deutschland weiter bestrebt, seine THG-Emissionen zu senken. Dabei soll der Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms stetig gesteigert werden. Gemäß dem „Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien“ soll dieser Anteil bis 2025 bei mindestens 40 Prozent liegen. Und die Planungen gehen weiter. Bis zum Jahr 2050 soll der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien bei mindestens 80 Prozent liegen (vgl. Salje 2018). Die Politik erhofft sich durch die Energiewende einen erheblichen Rückgang der deutschen THG-Emissionen. Im Vergleich zum Jahr 1990

sollen die THG-Emissionen Deutschlands bis 2020 um mindestens 40 Prozent gemindert werden, bis 2050 sogar um mindestens 80 Prozent. Unbestritten ist, dass die Klimaziele nur in Verbindung mit wirksamen und effektiven Maßnahmen zu erreichen sind. Betroffene Sektoren sind vor allem die Industrie, der Gebäudebereich, die Landwirtschaft und der Verkehrsbereich. Doch von zentraler Bedeutung ist die Frage, ob die Neugestaltung der Energiewirtschaft gelingen wird. Im Fokus der Diskussion über fossile Brennstoffe steht dabei die Nutzung der Braunkohle zur Energiegewinnung (vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit 2017b).

Ein stets präsent Thema, wenn über die Bedeutung der Braunkohle diskutiert wird, ist die Frage nach der Belastung durch CO<sub>2</sub>-Emissionen. Braunkohlekraftwerke stoßen ohne Frage eine nicht unerhebliche Menge an CO<sub>2</sub>-Emissionen aus. Um dem Leser zu verdeutlichen, dass der Braunkohlektor einer der Hauptemittenten von CO<sub>2</sub> ist und damit die deutsche Klimabilanz erheblich beeinflussen kann, werden im Folgenden statistische Messwerte aus dem Jahr 2016 untersucht.

Im Jahr 2016 wurden bundesweit 909 Millionen Tonnen Treibhausgase emittiert. Mit einem Anteil von 88,2 Prozent (801,75 Millionen Tonnen) an den gesamten THG-Emissionen ist CO<sub>2</sub> das mit Abstand bedeutendste aller Treibhausgase (vgl. Strogies und Gniffke 2018, S. 924). Der gesamte Braunkohlektor war für rund 153 der 801,75 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich, was einem Anteil von 19 Prozent entspricht. Die deutschen Braunkohlekraftwerke emittierten somit ca. ein fünftel der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen Deutschlands. Betrachtet man nur den Energiesektor, dann wird der Einfluss des Braunkohlektors noch deutlicher. Im Jahr 2016 wurden durch die Energieerzeugung rund 300 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ausgestoßen. Die Braunkohle ist im Energiesektor demnach für etwas mehr als die Hälfte aller CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich (vgl. Icha 2018, S. 25).

Ziel der Bundesrepublik ist es, dass die erneuerbaren Energien die fossilen Brennstoffe schrittweise ablösen. In Bezug auf die Braunkohle wird dabei vom sogenannten „Braunkohleausstieg“ oder auch einfach nur vom „Kohleausstieg“ gesprochen. Dieser Begriff beschreibt den Prozess bis hin zum völligen Verzicht auf die Braunkohle zur Energieversorgung, insbesondere zur Gewinnung elektrischer Energie aus Kohlekraftwerken. Damit verbunden ist auch ein Stopp der Kohleförderung in den Tagebauen. Doch bis dahin ist es noch ein langer Weg, denn deutschlandweit wurde im Jahr 2018 noch ungefähr jede vierte Kilowattstunde aus der Braunkohle gewonnen (vgl. AG Energiebilanzen e.V. 2018). Diese Zahl verdeutlicht, dass die Braunkohle derzeit eine unverzichtbar wichtige Säule in der deutschen Stromproduktion darstellt.

Wie der Kohleausstieg sozialverträglich und für die betroffenen Regionen mit einer optimistischen Zukunftsperspektive gestaltet werden kann, sollte die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ausarbeiten. Sie wurde dafür von der Bundesregierung am 6. Juni 2018 eingesetzt und veröffentlichte ihren Abschlussbericht mit etwas Verspätung am 26. Januar 2019. Das pauschal als „Kohlekommission“ bezeichnete Gremium wurde sehr ausgewogen zusammengesetzt, um möglichst jedes Interesse innerhalb der Gesellschaft zu berücksichtigen. Unter anderem waren natürlich auch Vertreter der Wirtschaft sowie Umweltorganisationen in der Kommission vertreten (vgl. Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" 2019).

### **1.3 Zielstellung und Aufbau der vorliegenden Arbeit**

In Deutschland sind von dem Strukturwandel, welcher den Braunkohleausstieg vorsieht, im Wesentlichen vier Braunkohleabbaureviere betroffen. Das Rheinische Revier im Westen sowie das Helmstedter, Mitteldeutsche und Lausitzer Braunkohlerevier im Osten der Bundesrepublik. Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht das Lausitzer Braunkohlerevier. Dabei sollen verschiedene Fragestellungen erörtert und Sachverhalte analysiert werden. Einleitend wird das Lausitzer Revier dem Leser vorgestellt und die generelle Bedeutung für die Region wird hervorgehoben. In kurzer Zusammenfassung wird dabei auch auf die geschichtliche Entwicklung der Braunkohleregion eingegangen. Im zweiten Kapitel wird der Fokus auf die Interessengruppen gelegt. Dabei wird zuerst das Wesen der Interessenvertretung und des Lobbying vorgestellt und im Anschluss werden Interessengruppen beleuchtet, welche mit ihren Aktionen Einfluss auf das Bestehen des Lausitzer Braunkohlereviere nehmen wollen. Im Anschluss an das zweite Kapitel werden die Arbeitsweisen der Interessengruppen erörtert und es wird untersucht, welche Mittel den Interessengruppen zur Artikulation ihrer Forderungen zur Verfügung stehen. Außerdem werden Protestaktionen der vergangenen Jahre beleuchtet und ausgewertet. Darauf folgend werden die gewonnenen Ergebnisse der Bachelorarbeit in einem Fazit zusammengeführt und es wird beschrieben, inwiefern sich Untersuchungen an die vorliegende Arbeit anschließen können. Die Bachelorarbeit schließt mit zehn Kernsätzen, in denen die Hauptkenntnisse der vorliegenden Arbeit zusammengefasst werden.

## **2 Hauptteil**

### **2.1 Das Lausitzer Braunkohlerevier**

Das Lausitzer Braunkohlerevier erstreckt sich über den Nordosten Sachsens und den Südosten Brandenburgs. Es ist nach dem Rheinischen Revier das zweitgrößte Braunkohlerevier Deutschlands und aufgrund dessen sowohl ein wichtiger Lieferant von Strom als auch ein bedeutender Wirtschaftsstandort. Zum Lausitzer Braunkohlerevier gehören die Tagebaue Jänschwalde und Welzow-Süd in Brandenburg sowie die Tagebaue Nochten und Reichwalde in Sachsen. Zusammen versorgen sie die Braunkohlekraftwerke Boxberg, Schwarze Pumpe und Jänschwalde. Außerdem wird der Veredelungsbetrieb Schwarze Pumpe mit Rohbraunkohle beliefert, in dem diese zu modernen Brennstoffen verarbeitet wird. Im Jahr 2018 wurden im Lausitzer Revier insgesamt 61,7 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert (vgl. Lausitz Energie Bergbau AG 2018).

#### **2.1.1 Die Geschichte der Lausitzer Braunkohleindustrie**

Der Abbau und die Verwertung von Braunkohle haben in der Lausitz eine Tradition, welche bereits seit mehr als 200 Jahren bestand hat. Bereits im Jahr 1789 wurde in Lauchhammer (Niederlausitz) das erste Kohleflöz abgetragen. 26 Jahre später, 1815, wurde dann am selben Ort der erste Braunkohlenschacht niedergebracht, um an die Braunkohle gelangen zu können. Ende der 1850er Jahre wurden die ersten Anstrengungen unternommen, die Braunkohle zu Bricketts zu verarbeiten. Damit konnte die Braunkohle als effizienter Brennstoff verwendet werden. Aufgrund des hohen Bedarfs an Brennstoffen durch die angesiedelte Textilindustrie und Glashütten, kam es in den 1860er Jahren zu vermehrten Gründungen von Grubenbetrieben, welche Braunkohle an die Erdoberfläche förderten. Ab 1870 entwickelte sich die Braunkohleindustrie mit zunehmender Professionalität. 1882 wurde in Südbrandenburg Europas erste Brickettfabrik errichtet und in Hirschfelde (Oberlausitz) entstand 1911 Deutschlands erstes Braunkohlegroßkraftwerk. Zu dieser Zeit wurde auch die Braunkohlegewinnung revolutioniert. So „[...] übertraf die Förderung aus den offenen Tagebauen diejenige der Braunkohlenbergwerke (Tiefbaugruben), da zunehmend Großgeräte für die umfangreichen Abraumbewegungen und die Kohleförderung eingesetzt wurden“ (Heitmann 2010, S. 2). Dieser Trend resultierte 1924 im Bau der ersten Abraumförderbrücke der Welt. Im Tagebau hat sie die Aufgabe, die Gesteinsschichten die über dem Kohleflöz lagern, abzutransportieren. (vgl. Fromm 1994, S. 3).

Damit einher ging ein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für den [...] Transport zwischen den Gruben, Fabriken und Abnehmern, eine Zunahme der Beschäftigten und der regionalen Bevölkerung sowie eine Wandlung der Siedlungsstrukturen. Orte verloren ihren dörflichen Charakter, wurden devastiert oder es wurden völlig neue Siedlungen für die Arbeiter der Tagebaue gegründet. (Heitmann 2010, S. 2)

Mit Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) wurde die Braunkohleindustrie in der Lausitz weiter ausgebaut. Für die DDR war Braunkohle ein unverzichtbarer Energieträger und wichtiger Pfeiler des gesamten Systems, denn andere Bodenschätze waren nur in sehr geringen Mengen vorhanden und eine Erschließung war nicht rentabel. In Folge dessen wurde alles daran gesetzt, so viel Braunkohle wie möglich zu fördern und die Industrie auszubauen. Im Ergebnis kam es zu dutzenden neuen Erschließungen von Tagebauen und Gruben. Neben der Verwendung in Kraftwerken wurde Braunkohle auch in nahegelegene Kokereien, Brickettfabriken oder Schwelereien verarbeitet.

Doch nicht nur die Braunkohleindustrie war in der DDR sehr groß. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen waren es ebenso. Besonders die Umwelt nahe den Kraftwerken, Tagebauen und anderen Verwertungsanlagen wurde starken Belastungen ausgesetzt. Einerseits fielen Grünflächen und Wälder den Abbaugeländen zum Opfer, auf der anderen Seite war die technische Entwicklung noch nicht ausgereift, sodass Gase wie Kohlenstoffdioxid und Schwefeldioxid, Schwermetalle und Asche nur unzureichend gefiltert wurden (vgl. Mitteldeutscher Rundfunk 2019).

Die Lausitz war zu Zeiten der DDR ein boomender Wirtschaftsstandort und bot tausenden Menschen einen sicheren und gut entlohnten Arbeitsplatz. Doch was für die Beschäftigten in der Braunkohleindustrie ein Segen war, endete für die Einwohner hunderter Dörfer und Orte in einer Katastrophe. Nach Recherchen des Mitteldeutschen Rundfunks mussten allein in der Lausitz seit 1924 insgesamt rund 28.000 Menschen ihre Heimat verlassen und 128 Orte wurden ganz oder zum Teil umgesiedelt (vgl. Mitteldeutscher Rundfunk 2018b).

Doch mit dem Niedergang der DDR und der deutschen Wiedervereinigung gewann auch der Klimaschutz an Bedeutung und Umweltschützer sowie Bürgerinitiativen konnten sich nun ein Gehör in der Gesellschaft verschaffen. „Zahlreiche Tagebaue und Brickettfabriken [...] wurden stillgelegt, andere Betriebe wurden durch die Treuhandanstalt privatisiert und weitergeführt“ (Heitmann 2010, S. 3). In den Folgejahren der Wende wurde die Zahl der Tagebaue, Kraftwerke sowie Veredelungsanlagen kontinuierlich reduziert. Die bisher letzte Schließung traf den Tagebau Cottbus-Nord. Im Jahr 2015 wurde hier die Kohleförderung planmäßig gestoppt.

## **2.1.2 Die Lausitz heute**

### **2.1.2.1 Das Revier im Wandel**

Seit 2016 ist die LEAG Betreiber des Lausitzer Braunkohlereviers. Sie ist das größte Energieunternehmen in Ostdeutschland und entstand im Zuge des Verkaufs der Braunkohlesparte durch den schwedischen Energiekonzern Vattenfall an die tschechische Energetický a Průmyslový Holding (EPH) und deren Finanzpartner PPF Investments. Beide Unternehmen halten jeweils 50 Prozent an der LEAG und waren bereits vor der Übernahme des Lausitzer Braunkohlereviers im Energiesektor tätig. LEAG ist die gemeinsame Marke der Lausitz Energie Bergbau AG, welche die vier Tagebaue und den Veredelungsbetrieb „Schwarze Pumpe“ betreibt und der Lausitz Energie Kraftwerk AG, welche die Führung der drei Kraftwerke innehat. Dienstleistungen, wie zum Beispiel das Rechnungs- und Steuerwesen, übernimmt für beide Sparten die Lausitz Energie Verwaltungs GmbH. Sie gehört wiederum zu 100 Prozent der LEAG (vgl. Lausitz Energie Bergbau AG).

Fast jede zehnte Kilowattstunde des deutschen Stromnetzes kommt heute nach Angaben der LEAG aus einem Kraftwerk des Reviers und der Strombedarf von bis zu 15,6 Millionen Haushalten wird dadurch abgedeckt. Doch nicht nur Strom wird in der Lausitz produziert. Das Revier ist ebenso Fernwärmelieferant für Städte wie Cottbus und Spremberg und stellt des Weiteren Prozessdampf für Industriekunden zur Verfügung. Nicht zu vergessen ist die Verarbeitung der Rohbraunkohle zu modernen Brennstoffen am Standort Schwarze Pumpe für die private sowie gewerbliche Nutzung (vgl. Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerk AG 2019a).

Doch die Braunkohle hinterlässt spürbare Folgen. Unter anderem stellt sich die Frage, was aus den Restlöchern der ausgekohlten Tagebaue wird, die im wahrsten Sinne des Wortes ein Loch in die Landschaft reißen. Der Betrieb und die Trockenhaltung eines Tagebaus werden auch nur durch das ständige Abpumpen des Grundwassers möglich, was wiederum zu Veränderungen der Bodenstruktur und des Grundwasserspiegels in der Umgebung führt. Die Braunkohlewirtschaft hat natürlich auch Folgen für die Flora und Fauna. Für Einwohner benachbarter Orte eines Tagebaus oder Kraftwerkes spielt außerdem das Thema Lärmschutz eine wichtige Rolle.

Diesen Aufgaben und Herausforderungen muss sich der Betreiber des Braunkohlereviers stellen. Und die LEAG agiert mit einer Reihe von Maßnahmen. „Milliardeninvestitionen in Neubauten, in effiziente Technik und zeitgemäße Verbrennungs- und Umweltschutztechnologie machen unseren Kraftwerkspark zu einem der modernsten weltweit“,

wird auf der Internetseite des Unternehmens Stellung genommen. Nach internen Angaben wurden die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Kraftwerke seit 1990 um mehr als 46 Prozent reduziert. Und dieser Trend wird anhalten, denn die ersten politischen Auswirkungen der Energiewende betreffen nun die Kraftwerke. So wurde am 30. September 2018 der erste Kraftwerksblock im Kraftwerk Jänschwalde in die Sicherheitsbereitschaft überführt. Die Sicherheitsbereitschaft kostet Arbeitsplätze, doch sie führt auch zu Einsparungen von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Daran wird der direkte Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Klimaschutzinteressen sehr deutlich (vgl. Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerk AG 2019c).

Im Jahr 2017 hat die LEAG mehr als 15 Millionen Euro zum Schutz der Umwelt investiert. (vgl. Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerk AG 2018, S. 18–22, 2019a, S. 7). Und auch für die ausgekohlten Tagebaue liegen Planungen vor. So verwandelten sich bereits einige Restlöcher zu Erholungsorten, in dem die Gruben mit Wasser aus naheliegenden Flüssen geflutet wurden. So entsteht in der Lausitz nach und nach eine attraktive Seenlandschaft und mit der Flutung des ehemaligen Tagebaus Cottbus-Nord soll der zukünftig größte See Brandenburgs auch Touristen in die Region locken (vgl. Hertzler 2015). Die LEAG zeigt mit ihren Handlungen, dass sie sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung durchaus bewusst ist. Bei der Realisierung der Vorhaben wird das Unternehmen von der Stiftung „Lausitzer Braunkohle“ unterstützt. Ihr Vorsitzender ist gleichzeitig auch Personalvorstand der LEAG. Seit vielen Jahren engagiert sich das Unternehmen darüber hinaus für mehr Toleranz in der Gesellschaft und gegen Fremdenfeindlichkeit in der Region (Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerk AG 2019b).

### **2.1.2.2 Gesellschaftliche und Regionale Entwicklungen**

Die zahlreichen Schließungen und Umstrukturierungen des Reviers in den Folgejahren der Wiedervereinigung blieben natürlich auch für die Gesellschaft nicht ohne Konsequenzen. 1989 verdienten insgesamt 79.016 Beschäftigte mit der Lausitzer Braunkohle ihren Lohn. Doch mit der Wende wurde ein neuer Kurs eingeschlagen. Zur Jahrtausendwende waren bereits rund 70.000 Arbeitnehmer weniger im Braunkohlerevier beschäftigt. Einige schieden aufgrund ihres Alters in den Ruhestand aus, andere haben sich neu orientiert, doch die Mehrheit verlor ihren Arbeitsplatz durch eine neue politische Ausrichtung. Derzeit arbeiten im Lausitzer Braunkohlerevier rund 8.000 Arbeitnehmer und mehr als 600 junge Menschen absolvieren hier ihre Ausbildung (vgl. Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. 2018).

Doch vom Abbau und Verwertung der Braunkohle sind nicht nur Beschäftigte der LEAG abhängig. Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (2019, S. 74) geht davon aus, dass laut „[...] nachvollziehbaren Schätzungen noch einmal rund

500 Unternehmen mit ca. 16.000 Arbeitnehmern [...] von der Kohle- und Energiewirtschaft abhängen [...].“ Die LEAG selbst spricht von rund 3.300 Partnerfirmen, die für sie Dienstleistungen verschiedenster Arten erbringen. Durch die Kooperationen mit anderen Firmen und den Gehaltszahlungen an die eigenen Mitarbeiter ergibt sich nach Angaben des Unternehmens eine jährliche Wertschöpfung von rund 1,3 Milliarden Euro, was den Wert des Braunkohlesektors als Wirtschaftsstandort verdeutlicht. (vgl. Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerk AG 2019a).

Sieht man sich die Zahlen an, so ist unverkennbar, dass sich die Lausitz bereits seit vielen Jahren in einem anhaltenden Wandel befindet. Tausende ehemalige Beschäftigte, für die es in der Braunkohleindustrie keine Zukunft mehr gab, mussten sich einen neuen Arbeitgeber suchen. Diesen fanden sie jedoch häufig nur außerhalb der Lausitz. Die Folge für die Region war ein massiver Einwohnerschwund. 1990 lebten in der Lausitz noch 1,4 Millionen Menschen. 2012 waren es laut einem Gutachten des ifo Instituts nur noch 1,1 Millionen, ein Rückgang um 22 Prozent innerhalb von zwei Jahrzehnten (vgl. Kluge et al. 2014, S. 75). Bis heute hat sich an der negativen demographischen Tendenz nichts geändert.

Es gibt demzufolge eine Menge Herausforderungen, denen sich die Region in den kommenden Jahrzehnten stellen muss. Um die Grundlagen für eine erfolgreiche Zukunft zu schaffen, werden vornehmlich Investitionen in den Bereichen Breitbandausbau und Nah- und Fernverkehr notwendig sein, denn dort gibt es einen besonders großen Handlungsbedarf. Auch mit Blick auf sich neu ansiedelnde Industrien oder Wachstumsbranchen sieht man zumindest in der nahe Zukunft keinen gleichwertigen Ersatz zum Braunkohlektor aufkommen. Generell ist die Lausitz von einer schwachen Innovationskraft geprägt, wird im Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ festgehalten. Indikatoren dafür sind beispielsweise die geringe Anzahl von Beschäftigten im Bereich Forschung und Entwicklung und es gibt im Vergleich zum Bundesdurchschnitt in der Lausitz eine deutlich geringere Gründungstätigkeit. Dazu tragen auch die kleinbetriebliche Struktur in der regionalen Wirtschaft und die geringe Dichte an Universitäten und Forschungseinrichtungen bei. Doch es gibt Hoffnungsträger. So ist in den beiden Städten Görlitz und Cottbus bereits eine gute Forschungsinfrastruktur vorhanden, die in der Folge auch zu einer erhöhten Gründungstätigkeit führt (vgl. Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" 2019, S. 53f.).

Die Region steht ohne Frage vor richtungsweisenden Jahren und es braucht für eine erfolgreiche Bewältigung aller Herausforderungen einen klaren Plan, um die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der Lausitz nachhaltig zu stärken. Entsprechend intensiv und kontrovers wird die Diskussion von verschiedensten Organisationen geführt. Die Interessengruppen stehen im Fokus des nachfolgenden Kapitels.

## **2.2 Interessengruppen und das Lausitzer Braunkohlerevier**

Lobbyismus und Interessenvertretung sind in Deutschland längst keine Fremdwörter mehr. Die wenigsten haben, angesprochen auf diese Themen, gar keine Vorstellung worum es sich handelt. Lobbyismus ist ohne Frage ein fester Bestandteil der deutschen Politik. Dies wurde dem Bürger nicht zuletzt durch den „Abgasskandal“ und der darauffolgenden Diskussion über Softwareupdates und Hardwarenachrüstungen verdeutlicht. Doch die Geschichte des Lobbyismus und der Vertretung von Interessen ist mindestens genauso alt wie die Geschichte der Demokratie und der damit einhergehenden Idee, die Gesellschaft an politischen Prozessen mitwirken zu lassen. Unvermeidbare Konsequenz aus der Beteiligung der Massen ist allerdings, dass Interessengruppen mit ihren Forderungen kollidieren. Zur Veranschaulichung des Aufeinandertreffens von Interessengruppen soll in der vorliegenden Arbeit das Lausitzer Braunkohlerevier im Mittelpunkt stehen. Auf den nachfolgenden Seiten dieses Kapitels soll zu Beginn grundlegend erläutert werden, was unter dem Begriff der Interessengruppe zu verstehen ist und welche Bedeutung hinter den Bezeichnungen „Lobbyismus“ und „Interessenvertretung“ steckt. Des Weiteren wird dem Leser dargelegt, wie man die Vielzahl von Interessenvertretungen kategorisieren kann. Dadurch erhält man einen groben Überblick über die Tätigkeitsfelder, in denen die Organisationen aktiv sind.

Anschließend werden jene Interessengruppen näher untersucht, welche mit ihren Forderungen Einfluss auf klimapolitische Entscheidungen nehmen wollen, die das Lausitzer Braunkohlerevier betreffen. Dabei werden die Beteiligten vorgestellt und es wird herausgestellt, ob sich die jeweilige Interessengruppen eher für ein Bestehen des Reviers oder gegen eine Weiterführung der Tätigkeiten aussprechen und welche Forderungen und Interessen die Vereinigungen verfolgen.

### **2.2.1 Interessenvertretung und Lobbyismus**

Um sich dieser Thematik anzunähern ist es hilfreich, sich an erster Stelle die Frage zu stellen, wodurch sich jene Vereinigungen, die Interessengruppen, im deutschen Rechtsstaat legitimieren. Artikel 9 des Grundgesetzes gibt jedem Deutschen das Recht, im Rahmen der Gesetze einen Verein zu bilden. Ist damit jeder kleine Dorfverein nun automatisch eine Interessengruppe? In der Literatur findet sich in Bezug auf Interessengruppen keine allgemeingültige Definition. Vielmehr gibt es eine Reihe von Merkmalen, die bei verschiedenen Autoren immer wiederkehren. Peter Lösche beschreibt Interessengruppen zum Beispiel wie folgt:

Als Interessengruppe kann ein Ensemble von Menschen begriffen werden, das durch gemeinsame Merkmale – z.B. gleiche berufliche Tätigkeit, Klassenzugehörigkeit, gemeinsames religiöses Bekenntnis oder gleiche Wohngegend – gekennzeichnet ist und das in einem konkreten politischen und sozialen Zusammenhang sein spezifisches Interesse vertritt. Eine Interessengruppe ist mithin eine solche, die ein

angebbares Interesse aktiv vertritt (ein soziales, ökonomisches, kulturelles oder anderes) und dieses Interesse gegenüber anderen Gruppen mit abweichenden oder konträren Interessen oder auch gegenüber dem Staat und seinen Institutionen und Verfassungsorganen durchzusetzen sucht. (Lösche 2007, S. 14)

Da ein Dorfverein unbestritten ein Ensemble von Menschen mit gemeinsamen Interessen darstellt, wird er folglich in dem Moment zu einer Interessengruppe, wenn seine Mitglieder ihre Interessen aktiv nach außen gegenüber einem anderen Akteur, zum Beispiel dem Staat, vertreten. Dies wäre beispielsweise in dem Moment der Fall, wenn sich Vereinsmitglieder auf kommunaler Ebene bei Gemeinderatsmitgliedern für den Bau einer neuen Sportanlage einsetzen und versuchen, den Gemeinderatsbeschluss zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Damit vertritt der Verein ein aktives Interesse nach außen und wird als Interessengruppe tätig. Daraus lässt sich schließen, dass auch auf kommunaler Ebene Vereine zu Interessengruppen werden können.

Die Funktionen von Interessengruppen lassen sich grundsätzlich auch mit den Eigenschaften von Interessenverbänden erläutern. Durch den Begriff „Verband“ wird lediglich die Eigenschaft einer festen bürokratischen Organisationsstruktur hervorgehoben. Davon abgesehen, können beide Organisationsformen im Wesentlichen anhand folgender drei Merkmale beschrieben werden (vgl. ebd., S. 19f.; vgl. Speth 2006, S. 40):

1. Zusammenschlüsse wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder kultureller Gruppen basierend auf einer freiwilligen Mitgliedschaft
2. Artikulation von gemeinsamen Interessen gegenüber Außenstehenden mit dem Ziel direkt oder indirekt politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen
3. Interne Aggregation sowohl homogener als auch heterogener Interessen

Thomas Leif und Rudolf Speth machen in ihrem Buch „Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland“ (2006) außerdem auf einen wichtigen begrifflichen Unterschied aufmerksam. Und zwar müssen die Begriffe „Lobbying“ und „Interessenvertretung“ differenziert betrachtet werden. Beide Funktionen können von Interessengruppen wahrgenommen werden. Allerdings ist unter Interessenvertretung eher die abstrakte Darstellung von Interessen gegenüber der politischen Öffentlichkeit zu verstehen. Oft werden damit grundsätzliche Werte oder ideologische Vorstellungen artikuliert. Dies geschieht dann häufig in Form von öffentlichen Kundgebungen, Protesten oder medienwirksamen Darstellungen. Beim Lobbying handelt es sich dagegen um eine spezialisiertere Art der Interessenvertretung. Im Mittelpunkt steht dabei nicht die Artikulation über die Öffentlichkeit, sondern die konkrete Durchsetzung der Forderungen und Interessen im politischen Prozess. „Lobbying zielt auf die Beeinflussung oder Verhinderung konkreter Gesetzesvorhaben“ (Leif und Speth 2006, S. 14). Eine Möglichkeit der Interessenartikulation ist hierbei das persönliche Gespräch.

Verbände und Vereine sind in vielen gesellschaftlichen Bereichen aktiv. Von der Bundesvereinigung Deutscher Apotherverbände e.V. über den Deutschen Fußballbund bis hin zum Zweirad-Industrie-Verband e.V. Deutschlandweit gab es nach Angaben des Deutschen Verbände Forums (vgl. Richter 2018) im Jahr 2018 rund 15.000 Verbände und mehr als 600.000 Vereine. Um diese Vielzahl an Vereinigungen zu typologisieren und sie damit einer bestimmten Kategorie zuordnen zu können, wurden bereits verschiedene Methoden angewendet. Wissenschaftlicher Konsens wurde gefunden, als man den Versuch unternahm, die Verbände und Vereinigungen nach ihren Handlungsfeldern zu kategorisieren. Dabei werden Vereinigungen wie folgt klassifiziert (vgl. Pötzsch 2009, S. 45f.; vgl. Lösche 2007, S. 41f.; vgl. Bender et al. 2004, S. 13):

- *Vereinigungen im Wirtschaftsleben und in der Arbeitswelt*  
Darunter sind Vereinigungen von Produzenten, Verbrauchern, Berufen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu verstehen. Dies sind unter anderem die Gewerkschaften (z.B. IG Metall, ver.di), Kammern (z.B. IHK) und Unternehmensverbände (z.B. BDI).
- *Vereinigungen mit sozialen Zielen*  
Hierzu zählen Organisationen, die sich im sozialen Sektor engagieren, bestimmte Personengruppen unterstützen oder die Selbsthilfe organisieren. Gemeinsames Merkmal ist ihr Hilfscharakter (z.B. DRK, Freiwillige Feuerwehr).
- *Vereinigungen im Bereich Freizeit und Erholung*  
Unter dieser Kategorie sammeln sich alle Verbände aus den Bereichen Sport, Hobby, Geselligkeit usw. (z.B. DFB, Deutscher Olympischer Sportbund).
- *Vereinigungen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft*  
Darunter sind Organisationen zu verstehen, die sich für die Förderung von kulturellen oder wissenschaftlichen Themen einsetzen. Ihre Einschätzungen werden auch bei einigen politischen Entscheidungen einbezogen (z.B. Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, Deutscher Kulturrat e.V.).
- *Vereinigungen mit ideellen und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen*  
Diesen Organisationen ist ihre Wertorientierung gemein. Oft handelt es sich dabei um sogenannte Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich für gesellschaftliche Ziele einsetzen und durch zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse zustande gekommen sind (z.B. Umweltorganisationen, Amnesty International).

Im Folgenden sollen die Vereinigungen mit ideellen und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen etwas näher analysiert werden, da diese Organisationen einen seit Jahren stei-

genden Trend erfahren. Wie im fünften Punkt bereits erläutert wurde, treten diese Organisationen für gesellschaftliche Interessen ein. Sie charakterisieren sich dadurch, dass sie sich nach eigenen Angaben für das Gemeinwohl einsetzen und machen häufig auf Missstände und Themen aufmerksam, die die Politik ihrer Ansicht nach vernachlässigt. Einige der bekanntesten Organisationen sind hierbei Greenpeace, Transparency International oder auch Amnesty International. Es ist zu verzeichnen, dass diese Interessengruppen einen stetigen Mitgliederzuwachs verzeichnen, wohingegen die klassischen Verbände und Gewerkschaften zunehmend Probleme haben, ihre Mitglieder zufriedenzustellen und mit einem Mitgliederschwund zu kämpfen haben (vgl. Lösche 2007, S. 115–119; vgl. Roose 2006, S. 273f.).

Besonders die Umweltorganisationen haben in den letzten Jahrzehnten immer mehr an Bedeutung gewonnen. Ein Grund dafür ist, dass es in der Gesellschaft einen zunehmenden Konsens darüber gibt, dass Umweltschutzmaßnahmen ergriffen werden müssen, um den Planeten vor mutmaßlich schwerwiegenden Folgen zu bewahren. Dabei ist nicht nur von Großorganisationen wie Greenpeace die Rede, sondern auch von vielen kleineren Vereinigungen die ein eher lokales Thema zum Anliegen haben. Allgemein ist es ein Merkmal der ideellen und gesellschaftspolitischen Vereinigungen, dass sie sowohl auf der großen Bühne, also national und international, als auch auf der regionalen Ebene präsent sind.

### **2.2.2 Vereinigungen mit einem Interesse am Lausitzer Braunkohlerevier**

Einleitend für dieses Kapitel muss festgehalten werden, dass es in der deutschen Verbandslandschaft und auch darüber hinaus eine kaum überschaubare Menge an Organisationen gibt. Bei einer Anzahl von insgesamt rund 600.000 Vereinen ist es nicht möglich, alle Vereinigungen herauszufiltern, die auf eine beliebige Art mit dem Lausitzer Braunkohlerevier in Verbindung gebracht werden könnten. Dies ist auch nicht der Anspruch der vorliegenden Arbeit. Dem Leser soll im Folgenden ein Überblick über die, aus Sicht des Verfassers, wichtigsten Akteure gegeben werden. Dabei handelt es sich um diejenigen Interessengruppen, welche mit ihren Tätigkeiten besonderen Einfluss auf das Bestehen des Lausitzer Braunkohlereviers nehmen. Die Interessengruppen können dabei den Kategorien „Tendenzielle Unterstützer der Braunkohleindustrie“ und „Tendenzielle Gegner der Braunkohleindustrie“ zugeordnet werden. Eine klare Unterscheidung in „Unterstützer“ und „Gegner“ der Braunkohleindustrie würde einigen Interessengruppen nicht gerecht werden. Dies wird im Laufe der Arbeit noch deutlich werden.

## **2.2.2.1 Tendenzielle Unterstützer der Braunkohleindustrie**

### **2.2.2.1.1 BDI**

Der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) ist der Spitzenverband der deutschen Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleister. Er beschäftigt sich mit einer Vielzahl von Themenbereichen, darunter auch Fragen rund um das Thema Energie- und Umweltpolitik.

Der Verband zählt insgesamt 39 Mitglieder, darunter 34 Wirtschaftsverbände und fünf Arbeitsgemeinschaften. Er gilt für die industrielle Branche als die wichtigste Interessenvertretung in Deutschland (vgl. Haacke 2006, S. 173). Dr. Helmar Rendez, Vorstandsvorsitzender der LEAG, ist ein Präsidialmitglied im BDI. Gemäß der Satzung des BDI ist es Einzelunternehmen oder Konzernen nicht möglich dem BDI beizutreten. Unternehmen können folglich ihre Interessen nur mittelbar an den BDI richten, indem sie den Mitgliedsverbänden angehören. Insgesamt 15 Landesvertretungen sorgen für die regionale Präsenz des BDI. Durch seine Eigenschaft als Spitzenverband spricht der BDI in Deutschland für rund acht Millionen Beschäftigte und mehr als 100.000 Unternehmen (vgl. Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. 2016). Dieser Rückhalt verleiht dem Verband die Möglichkeit, seine Interessen gegenüber den wichtigsten politischen Akteuren zu artikulieren. Als Sprachrohr der industriellen Wirtschaft setzt er sich auch für die Interessen des Braunkohlesektors ein, hat aber dennoch die Situation der Gesamtindustrie im Blick. Dabei betont der BDI immer wieder die Bedeutung der Stromversorgungssicherheit und das die Strompreise für alle Verbraucher bezahlbar bleiben müssen. In Verbindung mit diesen Aussagen warnt er vor einem überstürzten Kohleausstieg und fordert vorab einen Aufbau gleichwertiger Beschäftigung für die betroffenen Arbeitnehmer in den Regionen (vgl. Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. 19.10.2018, 26.10.2017).

### **2.2.2.1.2 DEBRIV**

Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein e.V. ist die Interessenvertretung aller Unternehmen, „die Braunkohle gewinnen, verarbeiten oder sich mit der Braunkohlensanierung in den neuen Ländern befassen. Darüber hinaus gibt es viele Mitglieder, die als Zulieferer oder Unternehmerfirmen in der Braunkohlenindustrie tätig sind“ (Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein e.V. 2019). Er tritt als Bundesverband für Braunkohle auf und ist in dieser Funktion der Fachverband der Braunkohlebranche. Folglich vertritt er auch die Interessen der vier deutschen Braunkohlereviere, darunter das Lausitzer Revier.

Ihm gehören insgesamt 31 Unternehmen an. Vorstandsvorsitzender ist Dr. Helmar Rendez, welcher die gleiche Funktion beim Betreiber des Lausitzer Braunkohlereviere inne-

hat. Aufgabe des DEBRIV ist es, die Belange und Anliegen der Braunkohleindustrie gegenüber den politischen Akteuren zu artikulieren. Neben allgemeinen Themenbereichen wie der Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik, bei denen der Verein Präsenz zeigt, muss er vor allem neue Gesetzesvorhaben im Blick haben und erkennen, wann die Interessen seiner Mitglieder in Gefahr sein könnten. Auf die Arbeitsweise der Interessenvertretungen wird im nächsten Kapitel noch einmal expliziter eingegangen.

Der DEBRIV ist Mitglied in der Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V. (VRB), in der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB) und in der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V. (VSW). Dadurch ist er auch mittelbarer Angehöriger im BDI. Außerdem gehört der Verein der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und dem Europäischen Stein- und Braunkohleverband „Euracoal“ als aktives Mitglied an. Der Verband ist also sowohl mittelbar als auch unmittelbar in vielen Spitzenorganisationen aktiv. Abschließend soll nicht unerwähnt bleiben, dass der DEBRIV ein Gründungsmitglied der „Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen“ (AGEB) ist. Die AGEB stellt wichtige energiewirtschaftliche Basisdaten zur Verfügung, die zum Beispiel für die Erstellung des deutschen Emissionsberichtes und für das Monitoring der Energiewende von großer Bedeutung sind.

Unverkennbar hat der DEBRIV ein Interesse daran, dass die Braunkohle auch in Zukunft ein bedeutender Energieträger Deutschlands bleibt (vgl. ebd.). Besonders der Vorstandsvorsitzende betont immer wieder die Relevanz der Braunkohle als heimischer Energieträger und sieht in dem steigenden Anteil der erneuerbaren Energien am Strommix eine Gefahr für die Versorgungssicherheit. Der DEBRIV fordert von der Politik einen fairen Strukturwandel für die Reviere, der die Menschen und Unternehmen in den Regionen berücksichtigt und stellt sich klar gegen einen schnellen Ausstieg aus der Braunkohle. Außerdem sieht der Verband bei einer frühzeitigen Energiewende und einer damit verbundenen Abkehr von der Braunkohle die Stabilität und Zumutbarkeit der Strompreise in Gefahr (vgl. Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein e.V. 07.06.2018).

Für die Betreiber der deutschen Braunkohlereviere stellt der Verband vor allem eine wichtige Verknüpfung zur politischen Ebene dar.

### **2.2.2.1.3 IG BCE**

Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) ist eine von acht Gewerkschaften die im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisiert sind. Dabei können ihr gemäß Satzung unter anderem Unternehmen aus der Glas-, Kunststoff- und Energiebranche und vielen weiteren Industriebereichen beitreten. Die Interessen der Arbeitnehmer des Lausitzer Braunkohlereviere werden ebenfalls durch die IG BCE vertreten. Sie hat ihren Hauptsitz in Hannover und zählt rund 630.000 Mitglieder, wobei sich die Organisation von den regionalen Ortsgruppen und sogenannten Vertrauenskörpern

in den Betrieben, über die Landesvertretungen bis hin zum bundesweiten Gewerkschaftskongress und Hauptvorstand aufbaut.

Hauptzweck der IG BCE ist die Verhandlung mit den Arbeitgebern der Branchen über tarifliche Einheitsverträge. Dabei macht sich die Gewerkschaft für die Interessen der Arbeitnehmer stark und verhandelt beispielsweise die Anzahl der Urlaubstage und die Höhe der Gehälter und Löhne aus. Doch die Arbeit geht darüber hinaus. Die IG BCE macht sich ferner auch für eine stabile wirtschaftliche und industrielle Entwicklung in Deutschland stark, damit die Arbeitsplätze der Beschäftigten auch in Zukunft gesichert sind. Zur Erreichung ihrer Ziele arbeitet die Gewerkschaft mit Stiftungen und Verbänden zusammen, um alle Aufgabenfelder sachgerecht abdecken zu können (vgl. IG Bergbau, Chemie, Energie 2017, 2019). In der Lausitz wird vor allem ein Erhalt der Arbeitsplätze im Braunkohlesektor gefordert. Dies bedeutet in erster Linie die Weiterführung der Braunkohleaktivitäten, doch auch die IG BCE ist sich bewusst, dass es zu einem Strukturwandel in der Region kommen wird. Dafür fordert sie die Schaffung von neuen industriellen Arbeitsplätzen und ein nachhaltiges Zukunftskonzept für die Menschen in der Region. Einen schnellen Ausstieg aus der Braunkohle lehnt sie deshalb ab (vgl. IG Bergbau, Chemie, Energie 12.10.2018a). Dabei erhält sie Unterstützung von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), welche sich ebenfalls für die Interessen der Beschäftigten im Braunkohlesektor engagiert.

#### **2.2.2.1.4 DIHK & IHK**

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK) gehört neben dem BDI und der BDA zu den wirtschaftlichen Spitzenverbänden Deutschlands. Er vertritt als Dachverband die Interessen der Unternehmen aus den Bereichen Handel, Industrie und Dienstleistung und vereint auf Bundesebene 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs). Ziel des DIHK ist nach eigenen Angaben das Schaffen von „Besten Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften“ (Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. 2019). Für die Interessen der Lausitzer Unternehmen sprechen sich vor Ort die IHK Cottbus und die IHK Dresden aus. Zusammen setzen sie sich für einen fairen Strukturwandel mit dem Ziel einer „Kompensation sinkender bzw. wegfallender Wertschöpfung durch die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer, hochwertiger und zukunftssicherer Industriearbeitsplätze“ ein. Für eine erfolgreiche Strukturentwicklung in der Lausitz fordern sie unter anderem folgende Maßnahmen: Ausbau der Digital- und Verkehrsinfrastruktur, intensive und professionelle Investorenwerbung, Ansiedelung von Forschung und Wissenschaft und eine allgemeine Sicherung des Industriestandorts Lausitz (Industrie- und Handelskammer Cottbus; Industrie- und Handelskammer Dresden 16.11.2018).

#### **2.2.2.1.5 Pro Lausitzer Braunkohle e.V.**

Der Verein Pro Lausitzer Braunkohle e.V. setzt sich, wie es sein Name bereits vermuten lässt, für eine langfristige Perspektive der Braunkohleindustrie in der Lausitz ein. Die Vereinigung fordert für die Beschäftigten Planungssicherheit für die Zukunft und setzt sich für einen Strukturwandel ein, bei dem die Lausitz weiterhin eine „wirtschaftsstarke und lebenswerte Industrieregion“ bleibt (Pro Lausitzer Braunkohle e.V.).

Der Verein unterscheidet sich von den bereits vorgestellten Interessenvertretern in mehreren Hinsichten. Er hat seinen Sitz in Cottbus und damit in unmittelbarer Nähe zum Lausitzer Braunkohlerevier und betitelt sich selbst als „heimatverbundene Bürgerbewegung“ (Pro Lausitzer Braunkohle e.V. 2019b). Er zeichnet sich durch seine Nähe zur Region aus und fungiert auf Grund dessen als bedeutendes Sprachrohr.

Partner der Vereinigung Pro Lausitzer Braunkohle e.V. sind überwiegend heimische Unternehmen, Verbände und Vereine, was die Relevanz des Vereins als regionale Interessenvertretung verdeutlicht. Unterstützung gibt es außerdem vom Betreiber des Lausitzer Braunkohlereviers und von der IG BCE (vgl. Pro Lausitzer Braunkohle e.V. 2019a). Zudem sind zwei Vorstände des Vereins Pro Lausitzer Braunkohle e.V. gleichzeitig auch als Vorstände in der Bezirksvertretung der IG BCE in Cottbus tätig (vgl. IG Bergbau, Chemie, Energie - Bezirk Cottbus 2017; vgl. Pro Lausitzer Braunkohle e.V. 2019b).

Zusammen sprechen sich die Interessengruppen gegen einen schnellen Ausstieg aus der Braunkohle aus und fordern einen sauberen Strukturwandel. Die Lausitz soll ein bedeutender Wirtschaftsstandort mit hochwertigen Arbeitsplätzen bleiben und Arbeitnehmern eine ernsthafte Perspektive für die Zukunft bieten können.

#### **2.2.2.1.6 Die Lausitzrunde**

Eine besondere Form der Interessenvertretung stellt die sogenannte „Lausitzrunde“ dar. Dabei handelt es sich nicht um einen Verein, sondern um ein Bündnis zwischen demokratisch legitimierten Volksvertretern aus der brandenburgischen und der sächsischen Lausitz. Die Legitimation zur Gründung eines solchen Bündnisses ziehen die Kommunen, vertreten durch ihre Bürgermeister und Amtsräte, aus ihrem politischen Auftrag, das Gemeinwohl zu stärken und sich für ihre Wähler einzusetzen. Ihre Mitglieder sind kleine Gebietskörperschaften aus der Region, aber auch größere Städte wie Weißwasser und Spremberg sind Teil der Vereinigung. Die Mitgliedschaft beruht auf einer freiwilligen Basis und das Bündnis organisiert sich durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung. Derzeit zählt die Gemeinschaft 53 Mitgliedskommunen. Nach eigenen Angaben ist ein Zusammenschluss dieser Art „bundesweit einmalig und ein Musterbeispiel der Demokratie“ (Lausitzrunde 2019a).

Anspruch der Gemeinschaft ist es, die Interessen der Lausitzer Bevölkerung zu vertreten und diese gegenüber den Ländern, dem Bund und auch den europäischen Institutionen zu artikulieren. Dabei möchte sie vor allem den anstehenden Strukturwandel gestalten und fordert unter anderem eine langfristig gesicherte Finanzierung für Entwicklungsmaßnahmen, Infrastrukturprojekte und Forschungszwecke. Der Zusammenschluss bekennt sich außerdem zu einer Strukturentwicklung mit der Lausitzer Braunkohle. Zentrales Ziel des Bündnisses ist die Lausitz als „Europäische Modellregion für den Strukturwandel“ zu etablieren. Dieser Status würde vor allem eine besondere wirtschaftliche Förderung der Region erlauben und den Weg für notwendige Investitionen erleichtern (vgl. Lausitzrunde 2019b). Das Lausitzer Braunkohlerevier möchte die Vereinigung dabei kurz- und mittelfristig nicht aufgeben und fordert zuerst die Schaffung ernsthafter Alternativen für die Region.

Fraglich ist nun noch, ob es sich bei der Lausitzrunde überhaupt um eine Interessengruppe handelt. Immerhin sind ihre Mitglieder demokratisch legitimierte Volksvertreter und können somit als staatliche Institutionen selbst Adressaten von Lobbytätigkeiten werden. In erster Linie ist festzustellen, dass keines der fünf Handlungsfelder aus Abschnitt 2.2.1 für die Lausitzrunde zutreffend ist. Vielmehr handelt es sich hierbei um einen „Verband von Körperschaften öffentlichen Rechts“ (Lösche 2007, S. 42). Diese Organisationsform ist ein Sonderfall und wurde deshalb im Abschnitt 2.2.1 nicht berücksichtigt. Außerdem gibt es unter Wissenschaftlern in Deutschland keinen Konsens darüber, ob staatliche Institutionen als eigene Lobbyorganisationen auftreten können, denn unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten werden alle staatlichen Institutionen vom selben Souverän, und zwar dem Volk, gewählt. In den USA wurde diese Frage bereits mit einem klaren „ja“ beantwortet (vgl. ebd.).

Der Verfasser ist der Ansicht, dass es sich in der politischen Praxis um keine Seltenheit handelt, wenn staatliche Vertreter mit ihren Interessen kollidieren und sich jeweils für ihre Interessen und Forderungen starkmachen. Im vorliegenden Fall setzt sich die Lausitzrunde für die spezifischen Interessen der Lausitzer Bevölkerung auf Bundes- und europäischer Ebene ein und versucht damit, politischen Entscheidungen zu beeinflussen. Auf Grund der offenen Diskussion kommt der Verfasser zu dem Entschluss, dass es sich bei der Lausitzrunde um eine Interessengruppe handelt, da sie jegliche Merkmale aus dem Abschnitt 2.2.1 erfüllt.

#### **2.2.2.1.7 Weitere Interessengruppen**

Wie bereits in der Einleitung dieses Kapitels beschrieben wurde, gibt es unzählig viele Vereinigungen, welche sich für die Braunkohle einsetzen und verständlicherweise kann dabei in der vorliegenden Arbeit nicht jeder Verein berücksichtigt werden. Im Folgenden

werden in Kurzform ein paar weitere Interessengruppen vorgestellt, welche sich ebenfalls für einen vorläufigen Erhalt der Braunkohleindustrie aussprechen. Dabei können die Interessengruppen unterschiedliche Beweggründe für ihre Ansichten haben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist die Dachorganisation von insgesamt acht Gewerkschaften und damit die gemeinsame Stimme von rund sechs Millionen Gewerkschaftern. Mitglied ist unter anderem die IG BCE. Unter anderem erstellt der DGB Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen der Bundesregierung und Gutachten zu politischen Fragestellungen. Als Interessenvertreter der Arbeitnehmer spricht er auch für die Beschäftigten des Lausitzer Braunkohlereviers, welche Mitglieder in der IG BCE sind. Dies führt dazu, dass sich der DGB nicht grundsätzlich gegen einen Kohleausstieg ausspricht. Vielmehr fordert er für die Arbeitnehmer der Branche einen sozial gerechten Strukturwandel mit einer neuen hochwertigen Beschäftigung und Perspektiven für die Region. Doch solange dies nicht gesichert ist, stellt sich der Gewerkschaftsbund gegen einen voreiligen Kohleausstieg (vgl. Körzell 2019).

Ein weiterer Interessenverband welcher beim Thema Braunkohle aktiv ist, ist die BDA. Sie gilt als arbeits- und sozialpolitischer Spitzenverband der deutschen Wirtschaft und setzt sich folglich auch für die Interessen der Unternehmen ein. Als Vertreter der deutschen Wirtschaft hat der Verband ein Interesse an einer wachsenden und starken Volkswirtschaft. Für die Unternehmen ist dabei ein stabiler und kostengünstiger Strompreis von nicht unerheblicher Bedeutung. Daher setzt sich die BDA für einen mittel- bis langfristigen Erhalt der Braunkohleindustrie ein, da diese derzeit ein wichtiger Faktor für kostengünstigen Strom ist (vgl. Kersting 2019).

Ein weiterer Wirtschaftsverband der in der Diskussion noch zu nennen ist, ist die VRB. Der Verband vereint Unternehmen, Organisationen und Fachverbände aus den Bereichen der Stein- und Braunkohle, der metallischen Erze, weiterer Rohstoffe als auch bergbauverwandte Institutionen.

Die VRB ist ihrerseits Mitglied in anderen Verbänden, unter anderem gehört sie dem BDI an. Aufgabe der VRB ist es dementsprechend die verschiedenen Interessen ihrer Mitglieder zu aggregieren und gegenüber dem BDI zu artikulieren. Sie nimmt damit eine wichtige Rolle als Vermittler ein, da die Unternehmen keine aktiven Mitglieder im BDI sind und ihre Anliegen über die Verbände an die entscheidenden Akteure bringen müssen (vgl. Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V. 2019). Der Verband setzt sich eigens für eine langfristige Gewinnung heimischer Rohstoffe ein und unterstützt dabei explizit den Braunkohlesektor (vgl. Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V. 29.09.2017).

## **2.2.2.2 Tendenzielle Gegner der Braunkohleindustrie**

### **2.2.2.2.1 Greenpeace**

Greenpeace (GP) gehört wohl zu den bekanntesten Umweltorganisationen der Welt. Dafür verantwortlich ist wahrscheinlich in erster Linie die ständige öffentliche Präsenz der Organisation, verbunden mit spektakulären Protestaktionen. Greenpeace zählt weltweit rund drei Millionen Unterstützer und ist in 26 Staaten vertreten. Die deutsche Vertretung von Greenpeace hat ihren Sitz in Hamburg und nach eigenen Angaben rund 590.000 Fördermitglieder. Die Organisation finanziert sich fast ausschließlich aus Beiträgen und Spenden und nahm 2017 61 Millionen Euro ein (vgl. Greenpeace e.V. 2018, S. 21).

Der Zweck des Vereins besteht in der „Förderung des Umwelt- und Tierschutzes sowie des Friedens und der Völkerverständigung. Greenpeace macht als international tätige ökologische Organisation die Probleme der Umwelt, insbesondere die globalen, bewusst und will so die Beeinträchtigung oder Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen verhindern“ (Greenpeace e.V. 2017). Zur Verwirklichung seiner Ziele betreibt der Verein vor allem Öffentlichkeitsarbeit in Form von Protesten, Beratungen und durch Publizierung von Studien. Außerdem betreiben sie auf internationaler und nationaler Ebene aktiven Lobbyismus und versuchen ihre Forderungen durchzusetzen. In Deutschland setzt sich Greenpeace seit vielen Jahren für eine schnelle Energiewende und den Klimaschutz ein. Greenpeace fordert beispielsweise deutschlandweit einen kompletten Kohleausstieg bis 2030 und ein Zulassungsverbot für PKW mit Verbrennungsmotor ab 2025 (vgl. Greenpeace e.V. 2019). Greenpeace-Geschäftsführer Martin Kaiser ist sich allerdings auch bewusst, dass die betroffenen Regionen für einen Kohleausstieg finanzielle Unterstützung zur Bewältigung des Strukturwandels benötigen. Diese könne jedoch nur zugesagt werden, wenn auch ein fest terminierter Ausstiegsplan der Reviere vorliegt: „Wer zu Recht Milliarden fordert für den Strukturwandel, der muss auch bereit sein, diesen Wandel mit schlüssigen Konzepten aktiv anzugehen. Geld jetzt, abschalten irgendwann, das funktioniert nicht.“ (Siegel 2019).

Es wird deutlich, dass sich Greenpeace gegen eine Weiterführung der Braunkohlewirtschaft einsetzt und einen Ausstieg aus der Braunkohle fordert.

### **2.2.2.2.2 BUND**

Eine weitere Umwelt- und Naturschutzorganisation ist der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND). Der BUND ist föderativ organisiert, es gibt 16 Landesvertretungen und insgesamt rund 2.000 lokale BUND-Gruppen, welche verschiedene Aufgaben wahrnehmen und sich für unterschiedliche Interessen starkmachen. Etwa 593.000 Mitglieder und Spender zählt der Verein heute, was ihm deutschlandweit zu

einem der größten Umweltverbände macht. Finanziell ist der BUND auf Mitgliedsbeiträge und Spenden von Unterstützern angewiesen. Im Jahr 2017 hatte der Verein ein Finanzbudget in Höhe von 30,2 Millionen Euro.

Der Verein setzt sich unter anderem für „die Schaffung und Erhaltung einer menschenwürdigen Umwelt in einer das Leben fördernden gesunden Landschaft“ und eine „ökologische Erneuerung“ Deutschlands ein (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. 2017, S. 1, 2018, S. 2). Des Weiteren spricht er sich ausdrücklich für einen Ausbau der erneuerbaren Energien aus und fordert den Ausstieg aus der Braunkohleindustrie. Als betroffene Landesvertretungen sind besonders der BUND Brandenburg e.V. (BUND Brandenburg) und der BUND Sachsen e.V. (BUND Sachsen) vor Ort aktiv und artikulieren ihre Interessen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern. Zu den Forderungen zählt dabei ein Braunkohleausstieg bis zum Jahr 2030 und die Revierbetreiber sollen für sämtliche „Braunkohle-Folgekosten“ aufkommen, nicht die Gesellschaft. Die Landesvertretungen fordern außerdem einen zeitnahen Strukturwandel für die Lausitz, um verlorene Arbeitsplätze kompensieren und die Energiewende vorantreiben zu können (vgl. BUND Brandenburg e.V. 2019; vgl. BUND Sachsen e.V. 2019).

#### **2.2.2.2.3 NABU**

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) ist ein weiterer Umweltverband, welcher mit seiner Arbeit auf der gesamten Bundesebene präsent ist. Der NABU ist föderalistisch organisiert und unterhält in jedem Bundesland eine Landesvertretung. Ausnahme ist der Freistaat Bayern, in dem der NABU mit dem Landesbund für Vogelschutz e.V. (LBV) kooperiert. Grundstein des Naturschutzbundes stellen die rund 616.000 Mitglieder und ca. 2.000 Orts- bzw. Kreisgruppen dar, in denen lokale Angelegenheiten vor Ort diskutiert werden. Der Verein finanziert sich zum Großteil aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen, womit er im Jahr 2017 ein Finanzbudget von rund 44,5 Millionen Euro zur Verfügung hatte (vgl. Pieper und Bindig 2017).

Auf der Agenda des Vereins stehen unter anderem der Tier- und Pflanzenschutz, der Klimaschutz und die Förderung des Naturschutzes. Seine Ziele und Interessen verwirklicht der NABU dabei auf unterschiedliche Art und Weisen. Er unterhält beispielsweise eigene Forschungsinstitute, ist politisch engagiert, veröffentlicht Informationsbroschüren und wird als staatlich anerkannter Naturschutzverband auch bei Gesetzesentwürfen mit Eingriffen in den Naturhaushalt angehört und beteiligt (vgl. NABU e.V. 2017).

Als Umweltvereinigung setzt sich der NABU explizit für einen zeitnahen Ausstieg aus der Braunkohleindustrie ein. Ohne eine schnelle Energiewende und den Umstieg auf erneuerbare Energien sei es sonst nicht möglich, die umweltpolitischen Ziele Deutschlands einzuhalten. Der Verein fordert daher in einem Positionspapier den Kohleausstieg bis spätestens 2035 und eine vorzeitige Stilllegung der ältesten Braunkohlekraftwerke bis

2020. Damit einhergehen soll die Umstellung der gesamten Industrie, hin zu einer nachhaltigen und umweltfreundlichen deutschen Wirtschaft. Durch diese Maßnahmen werde die Energieeffizienz gesteigert und gleichzeitig der Energieverbrauch verringert. Des Weiteren sollen die Revierbetreiber verpflichtet werden, für alle Folgekosten des Kohleabbaus aufzukommen. In der Lausitz ist besonders der sächsische Landesverband des NABU aktiv und fordert obendrein einen zeitnahen Strukturwandel, um notwendige Investitionen für die Zeit nach der Braunkohle tätigen zu können (vgl. Mieritz und Scholz 2018; vgl. NABU Sachsen e.V. 09.02.2018). Als einer der größten Umweltverbände Deutschlands ist der NABU mit seiner Position eines schnellen Kohleausstiegs ein wichtiger Vertreter und Verbündeter aller Umweltschutzorganisationen.

#### **2.2.2.2.4 NaturFreunde Deutschlands**

Mit dem Verein „NaturFreunde Deutschlands, Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur, Bundesgruppe Deutschland e.V.“ (NaturFreunde Deutschlands) setzt sich eine weitere Organisation sowohl auf Bundesebene als auch regional für den Umweltschutz ein. Anspruch des Vereins ist es nach eigenen Angaben allerdings nicht nur, die Öffentlichkeit über Missstände aufmerksam zu machen, sondern „politisch zu wirken, um die Verhältnisse zu verändern“ (NaturFreunde Deutschlands e.V. 2019b). Ihre Aktivitäten werden deutschlandweit in 18 Landesvertretungen und über 600 Ortsgruppen von insgesamt mehr als 70.000 ehrenamtlichen Mitgliedern koordiniert, organisiert und verwirklicht. Die NaturFreunde Deutschlands sind auch selbst in anderen Organisationen tätig und artikulieren dort ihre Anliegen. So sind sie unter anderem Mitglied im Deutschen Naturschutzring (DNR), dessen Präsident gleichzeitig stellvertretender Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands ist, und in der Klima-Allianz Deutschland. Des Weiteren führt der Verein Kooperationen mit dem BUND, dem DGB und er pflegt eine besondere Verbindung zur SPD, was die politischen Ambitionen der Organisation unterstreicht (vgl. NaturFreunde Deutschlands e.V. 2019a).

Die NaturFreunde Deutschlands fordern eine nachhaltige und ökologisch verträgliche Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, einhergehend mit einem schnellen Braunkohleausstieg. Zur Artikulation ihrer Interessen organisiert der Verein immer wieder öffentliche Veranstaltungen. Die Forderungen der Vereinigung bekräftigte Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands, auf einer öffentlichen Demonstration im Sommer 2018: „Es muss endlich Schluss sein mit halbherzigem Handeln, mit folgenlosen Beschlüssen und unanständiger Interessenpolitik. Wir haben nicht mehr viel Zeit, eine Klimakatastrophe zu verhindern. Deshalb brauchen wir den schnellen Ausstieg aus der Kohleförderung“ (NaturFreunde Deutschlands e.V. 24.06.2018).

#### **2.2.2.2.5 Grüne Liga**

Der Verein mit dem vollständigen Namen „Grüne Liga e.V. – Netzwerk ökologischer Bewegungen“ (Grüne Liga) ist eine Umweltschutzorganisation, welche nach der Wiedervereinigung Deutschlands gegründet wurde und ihre Ursprünge in der ehemaligen DDR hat. Auf Grund dessen ist der Verein vor allem in den ostdeutschen Bundesländern aktiv. Darüber hinaus gibt es auf regionaler Ebene viele Mitgliedsgruppen der Grünen Liga, die sich für spezifische Interessen vor Ort einsetzen und fachbezogene Arbeit leisten. In der Lausitzer Region engagiert sich hierbei die „Umweltgruppe Cottbus e.V.“ (UG Cottbus) für den Schutz der Umwelt und fordert den Ausstieg aus der Braunkohle. Sie ist gleichzeitig die Bundeskontaktstelle für den Themenbereich „Braunkohle“. Das bedeutet, die UG Cottbus vertritt die Grüne Liga bei fachlichen Auseinandersetzungen zum Thema „Braunkohle“ gegenüber der Öffentlichkeit und ist der interne Ansprechpartner und Koordinator für dieses Ressort (vgl. Grüne Liga e.V. 2018). Die Grüne Liga ist ihrerseits Mitglied in verschiedenen Organisationen wie dem DNR und der Klima-Allianz Deutschland, was ihre Ansprüche an den Umweltschutz verdeutlicht.

Die Vereinigung setzt sich für eine konsequente Energiewende und den Kohleausstieg Deutschlands ein. Besonders in der Lausitz fordert sie den Revierbetreiber auf, von den Erschließungen neuer Tagebaufelder Abstand zu nehmen und somit Dörfer und Wälder zu erhalten. Die Grüne Liga organisiert hierfür immer wieder öffentliche Protestaktionen, veröffentlicht Informationsbroschüren und lädt zu Gesprächsrunden ein (vgl. Grüne Liga Umweltgruppe Cottbus e.V. 2018b). Ziel des Vereins ist ein zeitnaher Strukturwandel in der Lausitz, welcher einen schrittweisen Kohleausstieg und den Umstieg auf erneuerbare Energien vorsehen soll. Außerdem soll die LEAG für die entstehenden Folgekosten aufkommen (vgl. Grüne Liga Umweltgruppe Cottbus e.V. 2018a).

#### **2.2.2.2.6 Öko-Institut**

Beim „Öko-Institut e.V. - Institut für angewandte Ökologie“ (Öko-Institut) handelt es sich um eine Interessengruppe der etwas anderen Art. Organisiert als rechtlich selbstständig eingetragener Verein gilt das Öko-Institut heute als eines der führenden Umweltforschungsinstitute Europas. Das Öko-Institut hat sich zum Ziel gesetzt, mit seiner Arbeit „Natur und Umwelt dauerhaft zu schützen und die Lebensgrundlagen aller Menschen einschließlich der nachfolgenden Generationen zu sichern“ (Öko-Institut e.V.). Zur Realisierung seiner Ziele erstellt das Institut in erster Linie wissenschaftliche Forschungsberichte und Strategien für nachhaltige Entwicklungen. Unterstützt wird der Verein bei der Realisierung seiner Projekte von rund 2.200 Mitgliedern und mehr als 170 Mitarbeitern, davon rund 120 Wissenschaftlern.

Auslöser für wissenschaftliche Studien können grundsätzlich zwei Szenarien sein. Entweder erhält der Verein von externen Stellen einen Auftrag oder er wird mit der Kraft eigener Finanzmittel selbstständig auf einem Forschungsgebiet tätig. Als externe Auftraggeber traten in der Vergangenheit vor allem Ministerien der Bundes- und Landesebene, die Europäische Union und zivilgesellschaftliche Umweltorganisationen auf, die mit den Erkenntnissen aus den wissenschaftlichen Arbeiten oft ihre Argumentationen unterstützen können. Aus diesem Grund ist es auch nicht verwunderlich, dass sich das Öko-Institut neben Mitgliedsbeiträgen und Spenden vor allem über projektbezogene Drittmittel finanziert. Im Jahr 2017 setzte das Institut in mehr als 380 Projekten rund 15 Millionen Euro um, was die Bedeutung wissenschaftlicher Analysen für die Arbeit der Umweltorganisationen verdeutlicht (vgl. Öko-Institut e.V. 2017).

Doch die Arbeit des Instituts geht über wissenschaftliche Forschungen hinaus und beinhaltet ebenso, in der Öffentlichkeit und bei den politischen Akteuren ein Bewusstsein für ökologischen Herausforderungen zu schaffen (vgl. Öko-Institut e.V.). Zu den Forschungsgebieten des Instituts gehört auch der Themenbereich der Braunkohle. Dazu wurden in der Vergangenheit bereits eine Reihe von Studien, Handlungsempfehlungen und statistische Untersuchungen veröffentlicht. Unter anderem kam eine Studie aus dem Jahr 2018 zu dem Ergebnis, dass der zeitnahe Braunkohleausstieg auf Grund der Altersstruktur der Beschäftigten in den Revieren zu keinen zahllosen Kündigungen und Arbeitslosen führen würde (vgl. Hermann et al. 2018).

Da viele Umweltverbände die Arbeit des Öko-Instituts als eigene Handlungsgrundlage verwenden ist es keine Seltenheit, dass sich die Forderungen aus den wissenschaftlichen Gutachten grundsätzlich mit den bereits genannten Forderungen der anderen Umweltorganisationen decken. Obwohl das Öko-Institut eher im Schatten von Organisationen wie Greenpeace operiert und in der öffentlichen Wahrnehmung keine so große Rolle spielt, ist die Relevanz der Arbeit des Vereins nicht zu unterschätzen, denn sie bildet eine fundamentale Grundlage für weiterführende Aktivitäten der Umweltverbände.

#### **2.2.2.2.7 Weitere Interessengruppen**

Aus Sicht des Verfassers zählen die bisher erwähnten Vereinigungen zu den wichtigsten Akteuren, auch in Bezug auf das Lausitzer Revier. Neben den bereits aufgelisteten Umweltverbänden gibt es in ganz Deutschland unzählige weitere Organisationen, welche sich ebenfalls für einen Ausstieg aus der Braunkohle engagieren, Tendenz steigend. Ein Grund liegt dabei in einer zunehmenden Pluralisierung der Gesellschaft. Einzelne Verbände schaffen es nicht mehr, die Vielzahl der Interessen ihrer Mitglieder zu aggregieren. Dies führt bei den Mitgliedern zu Frust und in Folge dessen entschließen sich immer mehr Menschen, kleineren, hoch spezialisierten Interessengruppen beizutreten (vgl. Lösche 2007, S. 117). Da diese hier nicht alle berücksichtigt werden können und es auch

nicht der Anspruch der vorliegenden Arbeit ist, werden im Folgenden ein paar weitere Interessengruppen vorgestellt, welche aus Sicht des Autors nicht ungenannt bleiben sollten.

An erster Stelle sind hierbei die Organisationen des DNR und die Klima-Allianz Deutschland aufzuzählen. Beide Institutionen verbindet, dass sie die Interessen vieler verschiedener Vereinigungen vertreten, als Sprachrohr gegenüber der Politik fungieren und sich für einen schnellen Ausstieg aus der Braunkohleindustrie aussprechen. Der DNR ist ein eingetragener Verein mit dem Ziel, den natürlichen Lebensraum zu schützen und sich für die Umwelt einzusetzen. Er fordert eine gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Neuausrichtung, hin zu mehr Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein. Der Verein zählt heute mehr als 80 Mitglieder, für die der DNR in erster Linie als Koordinator, Vermittler und Vertreter im politischen Bereich auftritt. Neben kommunikativen Aspekten unterstützt der DNR seine Mitglieder außerdem bei planerischen und organisatorischen Angelegenheiten. Zu seinen Mitgliedern zählt unter anderem der BUND, der NABU, die Grüne Liga und die NaturFreunde Deutschlands. Insgesamt repräsentiert der Verein rund 10 Millionen Menschen und artikuliert ihre Interessen gegenüber politischen Entscheidungsträgern (vgl. DNR e.V. 2013).

Die Klima-Allianz Deutschland nimmt im Grunde die gleichen Funktionen wie der DNR wahr. Gemeinsam mit ihren Mitgliedern setzt sich die Organisationen ebenfalls für den Klimaschutz und die Wahrnehmung dieser Interessen auf der politischen Ebene ein. Gemäß eigenen Angaben liegt die „klimapolitische Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit“ im Fokus der Vereinigung (vgl. Klima-Allianz Deutschland 2018). Die Besonderheit der Klima-Allianz besteht darin, dass sie keine juristische Person ist, sondern sich in einer Rechtsträgerschaft befindet. Der Rechtsträger wird dabei von der Mitgliederversammlung gewählt und vertritt die Klima-Allianz im Sinne des BGB. Derzeit liegt die Trägerschaft der Organisation beim „Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.“ (ebd.). Die Vereinigung vertritt die Interessen von mehr als 120 Mitgliedsorganisationen. Zu ihnen gehören unter anderem der BUND, die Grüne Liga und die NaturFreunde Deutschlands. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sowohl der DNR als auch die Klima-Allianz Deutschland wichtige Funktionen für ihre Mitglieder erfüllen, denn die Kommunikation mit den politischen Entscheidungsträgern und die Suche nach Akzeptanz auf politischer Ebene ist der Schlüssel, um Forderungen wie den Kohleausstieg durchsetzen oder dementsprechende Entscheidungen beeinflussen zu können.

Eine weitere Organisation die nicht unerwähnt bleiben soll ist der World Wide Fund For Nature, besser bekannt als WWF. Die „Weltnaturstiftung“ ist eine international tätige Organisation und nach eigenen Angaben ist WWF Deutschland der größte und einflussreichste Umweltverband der Bundesrepublik (vgl. WWF Deutschland 2019). Vergleicht

man das Finanzbudget des WWF Deutschland mit dem finanziellen Rahmen der anderen Umweltorganisationen, so wird diese Aussage bekräftigt. Der WWF Deutschland nahm in seinem Geschäftsjahr von Juli 2017 bis Ende Juni 2018 rund 85,3 Millionen Euro ein. Das sind 24,3 Millionen Euro mehr als Greenpeace im Jahr 2017 eingenommen hat (WWF Deutschland 2018). Die Themen auf der Agenda des WWFs sind vielfältig und erstrecken sich vom klassischen Klimaschutz über den Schutz der biologischen Vielfalt bis hin zum Artenschutz und weit darüber hinaus. Als Umweltorganisation ist der WWF Deutschland natürlich auch rund um das Thema Braunkohle aktiv. Er setzt sich entschlossen für einen Kohleausstieg bis spätestens 2035 ein und fordert eine schnelle Energiewende, um die umweltpolitischen Zielstellungen erreichen zu können. Der Ausstieg soll für die Reviermitarbeiter allerdings auch sozialverträglich gestaltet werden, weswegen die zeitnahe Einleitung eines Strukturwandels in den Regionen gefordert wird. Der WWF nahm in der Vergangenheit bereits bei vielen Protestaktionen aktiv teil und unterstützte die Veranstalter bei den organisatorischen Planungen (vgl. ebd.). Der WWF ist auch Teil der Klima-Allianz Deutschland und darüber hinaus auf Grund seiner Größe und öffentlichen Präsenz einer der wichtigsten Akteure, wenn es darum geht, den Ausstieg aus der Braunkohleindustrie gegenüber der Politik zu artikulieren.

Folgende Interessengruppen werden nicht näher beschrieben sondern rein informativ in die Auflistung aufgenommen, da sie ebenfalls einen zeitnahen Braunkohleausstieg Deutschlands fordern. Die Aufzählung ist außerdem nicht abschließend:

*Deutsche Umwelthilfe e.V., Agora Energiewende gGmbH, Robin Wood – Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V., Germanwatch e.V., Umweltinstitut München e.V.*

## **2.3 Die Arbeitsweise von Interessengruppen**

Im Folgenden Kapitel sollen die Arbeitsweisen der Interessengruppen vorgestellt werden. Dabei werden die Adressaten, Maßnahmen und Durchsetzungschancen von Interessengruppen untersucht. Dies soll zuerst in einer abstrakten Vorstellung geschehen und anschließend werden spezifische Aktionen beleuchtet, welche die Organisationen aus dem Abschnitt 2.2.2 in der Vergangenheit durchgeführt haben.

### **2.3.1 Allgemeine Darstellung**

#### **2.3.1.1 Adressaten von Interessengruppen**

Da wir uns bereits mit den Interessengruppen beschäftigt haben, soll dem Leser nun zunächst eine Übersicht darüber gegeben werden, wer überhaupt alles Adressat von Einflussnahmen werden kann.

Wie bereits auf den vorangegangenen Seiten oftmals erwähnt wurde, stehen besonders die politischen Entscheidungsträger der Kommunal-, Landes- und Bundesebene im Fokus der Interessengruppen. Dies erscheint sachlogisch, da sich Vereinigungen damit an die Stellen wenden, welche letztendlich über die betroffenen Sachverhalte entscheiden. Doch Politiker sind nicht die einzigen Adressaten und stehen in der „Bearbeitungsreihenfolge“ von Lobbyisten und Interessenvertretern nicht an erster Stelle. Bevor nämlich über ein Gesetz abgestimmt werden kann, muss dieses verfasst werden und durchläuft dabei mehrere Stationen. Deshalb gelten die Ministerialbüros gemeinhin als wichtigste Anlaufstelle für Lobbyisten. Hier werden die Gesetzesentwürfe gefertigt und finden ihren Ursprung. Auf Grund dessen werben erfahrene Lobbyisten bereits in den Anfangsstadien eines Gesetzes bei den Referenten der Ministerien für die Interessen und Anliegen ihrer Organisationen. Denn hat die Gesetzesvorlage erstmal das Ministerium verlassen und wurde im Kabinett besprochen, so wird eine erfolgreiche Einflussnahme immer schwieriger. Da viele Gesetze auf Grund der Zustimmungspflichtigkeit die mehrheitliche Bestätigung des Bundesrates benötigen, müssen die Interessenvertreter im Zweifel auch den Landesministerien ihre Interessen und Ansichten darlegen (vgl. Lösche 2007, S. 66–72).

Ein weiterer und ebenfalls sehr wichtiger Adressat von Interessengruppen kann die allgemeine Öffentlichkeit sein. Eine entscheidende Rolle nehmen dabei die Medien ein. Interessengruppen können ihre Ansichten und Forderungen gezielt über die öffentlichen Kanäle an eine sehr breite Masse von Menschen bringen und dadurch für Akzeptanz und Unterstützung werben. Auf der einen Seite können die Organisationen beispielsweise über die Presse, den Hörfunk oder auch über soziale Medien präsent werden, andererseits können sie auch in Form von öffentlichen Kundgebungen, Demonstrationen oder Streiks aktiv werden. Ziel ist es, die öffentliche Meinung dahingehend auszurichten, dass die Interessen einer Vereinigung als mehrheitsfähig angesehen werden. Getreu dem Motto: „Wer schweigt, verliert. Wer nicht ausreichend und wirkungsmächtig kommuniziert, ist isoliert“ (ebd., S. 72).

Zu den Adressaten der Interessengruppen gehören ferner nicht nur einzelnen Politiker, sondern im Optimalfall gelingt es den Interessengruppen, komplette Parteien für ihre Standpunkte zu gewinnen. Im Gegenzug bekommen die Parteien dann oftmals Unterstützung bei anstehenden Wahlkämpfen oder anderweitige Unterstützungsleistungen (Pöttsch 2009, S. 45).

Außerdem können auch Organe der Europäischen Union zum Adressaten der Interessengruppen werden. Nicht zuletzt durch die Begebenheit, dass heute viele politische Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden und diese anschließend nur auf Bundesebene in Gesetze umgewandelt werden, wird eine europäische Präsenz der

Interessengruppen immer wichtiger. Es reicht demnach bei vielen Themen nicht mehr aus, auf nationaler Ebene zu agieren, sondern Forderungen und Anliegen müssen auf europäischer Ebene artikuliert werden. Dies ist vor allem eine Aufgabe der großen Verbände und Organisationen, da kleineren Vereinigungen dafür oftmals die nötigen finanziellen und organisatorischen Mittel fehlen (ebd.).

Nicht zu vergessen ist die Tatsache, dass auch Verbände und Vereinigungen selbst zu Adressaten von Interessengruppen werden können. Beispielsweise könnte dies der Fall sein, wenn der Versuch unternommen wird, seinen Gegenüber von einer bestimmten Ansicht zu überzeugen oder eine gemeinsame Lösung gefunden werden soll (vgl. Lösche 2007, S. 66).

Es ist festzuhalten, dass sich Interessengruppen und ihre Tätigkeiten an eine Vielzahl von Adressaten richten können. Dabei ist es die Regel, dass Organisationen nicht eindimensional agieren, sondern über verschiedene Kanäle ihre Interessen und Forderungen verbreiten und aktiv werden, um am Ende möglichst erfolgreich zu sein.

### **2.3.1.2 Maßnahmen und Methoden von Interessengruppen**

Die Adressaten der Interessengruppen sind nun bekannt. In diesem Abschnitt wird sich damit auseinandergesetzt, welche Praktiken Interessengruppen im Allgemeinen anwenden und welche Methoden den Organisationen überhaupt zur Verfügung stehen, um sich an die Adressaten zu wenden. Dabei werden ausgewählte Maßnahmen näher vorgestellt, welche aus Sicht des Verfassers die Arbeit der Organisationen am Besten beschreiben. Weitere Methoden werden dagegen nur kurz aufgezählt.

Grundlegend kann man unmittelbare und mittelbare Maßnahmen unterscheiden. Bei unmittelbaren Maßnahmen treten die Interessengruppen mit den Adressaten direkt in Kontakt und sind allein für die Auswirkung ihrer Handlungen verantwortlich. Entgegen den unmittelbaren Maßnahmen handeln die Organisationen bei den mittelbaren Maßnahmen über einen Dritten und die Handlungen können den Vereinigungen oftmals nicht direkt zugeordnet werden. Professionelle Interessengruppen setzen bei ihrer Arbeit sowohl auf unmittelbare als auch auf mittelbare Maßnahmen, um die Adressaten so effektiv wie möglich von ihren Ansichten zu überzeugen.

#### **2.3.1.2.1 Unmittelbare Maßnahmen der Interessenartikulation**

##### **2.3.1.2.1.1 Das persönliche Gespräch**

Das persönliche Gespräch zählt wohl zur effektivsten Methode um dem Adressaten seine Ansichten darzulegen. Die Vorteile liegen dabei auf der Hand. Die beiden Gesprächsparteien können ihre Informationen und Meinungen schnell und direkt austauschen, beide Parteien können sich ein unmittelbares Bild vom Gegenüber einholen und

für die Interessengruppen besteht die Chance, durch ein professionelles und gut vorbereitetes Gespräch einen überzeugenden Eindruck zu hinterlassen. Dadurch kann den Positionen und Meinungen der Interessengruppe nochmal ein größeres Gewicht verliehen werden. Ein entsprechend gegenteiliger Eindruck kann natürlich dann entstehen, wenn der Lobbyist nicht gut vorbereitet zum Gespräch erscheint oder durch andere Ereignisse dem Adressaten seine Anliegen nicht überzeugend vermitteln kann (vgl. Bender et al. 2004, S. 69f.; vgl. Haacke 2006, S. 177).

#### **2.3.1.2.1.2 Öffentlichkeitsarbeit und Medienpräsenz**

Öffentlichkeitsarbeit in Form von Protesten, Kundgebungen oder Demonstrationen ist eine sehr bekannte und sehr oft angewendete Form der Interessenartikulation und meint den Protest durch aktive Mitglieder einer Organisation. Sie gilt als sehr starkes Druckmittel, da hinter Protesten und Demonstrationen immer eine Reihe von Verbandsmitgliedern und damit auch potentielle Wähler stehen. Öffentliche Veranstaltungen sind demnach besonders geeignet, wenn politische Entscheidungsträger im Fokus der Interessengruppen stehen. Unter Öffentlichkeitsarbeit können außerdem auch Interviews, Pressemitteilungen oder die Veröffentlichung von wissenschaftlichen Studien verstanden werden. Besonders wissenschaftliche Publikationen bieten Interessengruppen eine starke Argumentationsgrundlage.

Unterstützung können die Verbände und Organisationen auch von den Medienhäusern erhalten, indem diese ihre Aktionen über das Fernsehen, den Hörfunk oder auch die sozialen Medien teilen und somit einer breiten Masse zugänglich machen. Eine breite öffentliche Unterstützung kann ferner den Druck auf die politischen Entscheidungsträger erhöhen. Es ist bei der Öffentlichkeitsarbeit jedoch zu beachten, dass gewisse „Spielregeln“ eingehalten werden. Beispielsweise sollte gegen politische Entscheidungen stets konstruktiv und mit Hilfe von sachlichen Fakten argumentiert werden. Reaktionäre Angriffe können den lobbyistischen Verbindungen zum Adressaten schaden und den Interessengruppen zukünftige Ansprechmöglichkeiten verbauen. Außerdem ist zu beachten, dass eine öffentliche Veranstaltung auch eine gewisse Masse an Menschen erfordert. Versammeln sich nur wenige Demonstranten, so „entsteht [...] unter Umständen der Eindruck, dass das Thema keine große gesellschaftliche Relevanz besitzt“ (Bender et al. 2004, S. 84; vgl. Haacke 2006, S. 177f.) Ein solches Bild würde den Organisationen beim Versuch der Einflussnahme schaden.

### **2.3.1.2.1.3 Weitere unmittelbare Maßnahmen**

Weitere anerkannte unmittelbare Maßnahmen: *Zusammenarbeit mit parteinahen Stiftungen, parlamentarische Abende und Mittagsveranstaltungen, Anfertigen von Positionspapieren und Stellungnahmen, kritische Inserate und Protestnoten* (vgl. Bender et al. 2004; vgl. Leif 2006).

### **2.3.1.2.2 Mittelbare Maßnahmen der Interessenartikulation**

#### **2.3.1.2.2.1 Öffentlichkeitswirksame Aktionen und Kampagnen**

Unter dieser Maßnahme ist im Grunde eine Erweiterung der Öffentlichkeitsarbeit aus dem Abschnitt 2.3.2.1.2 zu verstehen. Entgegen der unmittelbaren Maßnahme werden hier allerdings öffentlichkeitswirksame Aktionen beschrieben, bei denen die Teilnehmer weder aktive Mitglieder noch auf eine andere Art mit der Organisation in direkter Verbindung stehen müssen. Man spricht dabei von sogenannten „Grassroots-Kampagnen“. Grassroots ist der englische Begriff für Graswurzel und soll zum Ausdruck bringen, dass die Wurzeln der Macht an den Aktionen teilnehmen – und zwar die Bürger. Die Interessengruppen wollen damit das Interesse des Politikers, wiedergewählt zu werden, nutzen, um spezifische Themen auf die politische Agenda zu bringen und auf sie aufmerksam zu machen. Diese Kampagnen können ebenfalls mit Hilfe der Medien und vor allem durch das Internet unterstützt werden. Beispiele sind hier unter anderem die virtuellen Unterschriftensammlungen, die Vernetzung von Aktivisten und der globale Informationsaustausch.

Diese Methode ist besonders charakterisierend für Umweltverbände. Anhand von öffentlichkeitswirksamen und spektakulären Protestaktionen von einer Vielzahl an Menschen gelingt es ihnen immer wieder, auf prägnante Umstände hinzuweisen und ein mediales Interesse zu wecken. Im Optimalfall werden die Adressaten der Interessengruppen auf die Forderungen aufmerksam und setzen sich damit intensiver auseinander. Verfolgt der Interessenverband allerdings auch das Ziel, einen sachlich konstruktiven Dialog zur Thematik zu führen, dann darf er sich durch Aktionen nicht dafür „disqualifizieren“. Damit ist gemeint, dass die Protestaktionen nicht zu radikal gewählt sein dürfen. Im Zweifel läuft man damit Gefahr, dass von Seiten des Adressaten keine Bereitschaft mehr zur Kommunikation herrscht. Es sollte deshalb stets der Dialog mit dem Adressaten gesucht werden und die Protestaktionen als unterstützende Maßnahme angesehen werden (vgl. Bender et al. 2004, S. 104–109).

#### **2.3.1.2.2.2 Die Opposition im Bundestag**

Diese Methode wird in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Dennoch kann sie für Verbände und Organisationen ein nützliches Hilfsmittel darstellen. Durch eine gute Partnerschaft zwischen Lobbyist und Oppositionspolitiker können im Optimalfall sogar beide Parteien profitieren. In diesem Szenario kann der Lobbyist seine Forderungen und Ansichten in die politische Sacharbeit einbringen und dem Politiker wird gleichzeitig ein Teil seiner Arbeit abgenommen, wobei er als Abgeordneter immernoch über die Entscheidungshoheit verfügt. Mit dem Wissen des Lobbyisten ausgestattet, kann der Politiker nun die parlamentarische Initiative ergreifen und beispielsweise große und kleine Anfragen stellen, Gesetzesinitiativen einbringen oder Entschließungs- und Änderungsanträge formulieren. Hierin findet sich auch die Begründung, warum sich der Lobbyist an Oppositionspolitiker wenden sollte und nicht an Politiker der Regierungsfractionen. „Eine Regierungsfraction wird der Bundesregierung selten kritische Fragen stellen, eigene Gesetzesentwürfe abweichend von der Regierungsauffassung einbringen oder solche der Bundesregierung mit Änderungsanträgen begleiten“ (ebd., S. 87).

#### **2.3.1.2.2.3 Weitere mittelbare Maßnahmen**

Weitere anerkannte mittelbaren Maßnahmen sind: *Parlamentarische Anhörungen, Unterstützung von Partei oder Fraktionsveranstaltungen, durch Medien initiierte Spitzentreffen* (vgl. ebd.; vgl. Leif 2006).

#### **2.3.1.3 Durchsetzungschancen der Interessengruppen**

Da wir inzwischen wissen, mit welchen Methoden sich Interessengruppen an ihre Adressaten wenden können, stellt sich nun die entscheidende Frage. Wie stehen die Chancen der Interessengruppen, dass ihre Forderungen die Adressaten überzeugen und diese im Optimalfall in Beschlüssen, Gesetzen oder Entscheidungen jeglicher Art berücksichtigt werden? Haben einige Verbände mehr Macht als Andere? Im Folgenden wird sich mit dieser Fragestellung auseinandergesetzt.

Vorweggenommen sei Folgendes. Es gibt per se kein Abonnement dafür, ein einflussreicher oder „mächtiger“ Verband zu sein und genau das gleiche trifft auf die vermeintlich schwachen Organisationen zu. Die Frage ob ein Verband mit seiner Arbeitsweise erfolgreich ist, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Trotzdem ist es möglich, die Verbände und ihren Charakter zu analysieren und davon gewisse „Machtressourcen“ abzuleiten (vgl. Lösche 2007, S. 76–80).

- *Die Konfliktfähigkeit*

Die Konfliktfähigkeit beschreibt, inwiefern ein Verband seine Forderungen durch gewisse Aktionen unterstützen kann. Dies ist vor allem von seiner gesellschaftlichen Position abhängig. Kann ein Verband durch seine Mitglieder bestimmte

Dienstleistungen verweigern und damit Druck auf die Entscheidungsträger ausüben oder würde ein Streik nur einen Demonstrationscharakter entfalten, da die Organisation keine Leistungen vorenthalten kann?

- *Die Mitglieder*

Dabei ist nicht die absolute Zahl der Verbandsmitglieder entscheidend, sondern vielmehr die Frage, ob die Mitglieder der Vereinigung als Einheit agieren oder nicht. Eine große Anzahl an Mitgliedern entfaltet keine Wirkung, wenn sie nicht wirklich hinter den Forderungen der Organisation stehen oder sogar anderer Meinung sind. Der Organisationsgrad eines Verbandes ist demnach bedeutender als die bloße Anzahl an Mitgliedern.

- *Finanzielle Ressourcen*

Nicht abzustreiten ist die Bedeutung von finanziellen Ressourcen für die Arbeit der Verbände und Organisationen. Ohne Geldmittel sind Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit oft nicht zu bewerkstelligen. Damit verbunden ist ebenfalls die Frage, ob man sich ein Büro in Parlamentsnähe leisten kann, wieviel Personal kann man unterhalten und können Gutachten oder wissenschaftliche Studien in Auftrag gegeben werden? Nichts desto trotz ist auch hier festzuhalten: Geld allein ist kein automatischer Erfolgsgarant.

- *Stellung der Organisation in der politischen und gesellschaftlichen Landschaft*

Ferner kann die Meinung innerhalb der Gesellschaft und auch in politischen Kreisen ein Faktor für den Einfluss einer Organisation sein. Ist der Verband beispielsweise das alleinige Aushängeschild der Branche und genießt ein weitgehend gutes Ansehen oder hat der Verband auch innerhalb der Branche Konkurrenz von anderen großen Organisationen, welche im Zweifel andere Interessen vertreten? All dies sind Faktoren, die einem Verband begünstigen oder schaden können.

- *Weitere Ressourcen*

Folgende Faktoren wirken sich ebenfalls auf den Einfluss einer Organisation aus: die Definitionsschärfe des partikularen Interesses, die Strukturform der Organisation, die Expertise und Fachkompetenz, die Programmatik, die Motivation der Mitglieder

Die soeben genannten Faktoren können nach Meinung von Peter Lösche nicht nach der Relevanz sortiert werden. Dafür gebe es zu viele Individualitäten und die Untersuchung der wahren Macht von Verbänden „[...] setzt voraus, dass komplexe Situationen analysiert werden und das ‚Zufällige‘, das ‚Situative‘ und die jeweilige menschliche Persönlichkeit berücksichtigt werden“ (ebd., S. 81). Dies ist nicht Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit.

Er beschreibt ferner drei Arbeitstechniken, die sich Interessengruppen im Allgemeinen zu Nutze machen, wenn sie ihre Interessen durchsetzen wollen. Dies geschieht „durch Überzeugen, durch Verhandeln oder durch Ausüben von Druck“ (ebd., S. 72). Welche Methode am Ende den größten Erfolg verspricht, ist hingegen wieder situationsabhängig. Es bleibt festzuhalten, dass die Durchsetzungschancen einer Interessengruppe nicht per se mit „sehr gut“ oder „sehr schlecht“ beschrieben werden können. Vielmehr muss sich diese Frage immer situativ gestellt werden und kann nicht generell beantwortet werden.

### **2.3.2 Darstellung ausgewählter Aktionen**

Nachdem wir uns der prinzipiellen Arbeitsweise von Interessengruppen zugewendet haben, werden nun einige Aktionen der Interessengruppen näher beleuchtet und analysiert. Dabei wird neben einer allgemeinen Erläuterung auch untersucht, wer der Adressat der Aktion war, welche Methoden sich die Organisationen zu Nutze machten und welche Forderungen die Interessengruppen damit artikulieren wollten. Da in den letzten Jahren eine Vielzahl von Protesten und Demonstrationen veranstaltet wurden, werden im Folgenden jeweils zwei öffentlichkeitswirksame Aktionen beider Seiten vorgestellt.

#### **2.3.2.1 Demonstrationen tendenzieller Braunkohleunterstützer**

##### **2.3.2.1.1 Demonstration gegen die Sicherheitsbereitschaft von Block F**

- Teilnehmende Interessengruppen: *IG BCE, Pro Lausitzer Braunkohle e.V.*
- Adressat: *Mitglieder der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, Politische Entscheidungsträger der Bundesebene*
- Methode: *Öffentlichkeitsarbeit und Medienpräsenz, öffentlichkeitswirksame Aktionen und Kampagnen*
- Forderungen: *neue attraktive Arbeitsplätze für die Lausitz, sofortige Einleitung eines schrittweisen Strukturwandels mit Investitionen in die Region, Ausbau der Infrastruktur und Bereitstellung guter Rahmenbedingungen zur Steigerung der Attraktivität der Region für private Investoren, Gewährleistung einer finanzierbaren Stromversorgung*

Am 30. September 2018 hatte die IG BCE zusammen mit dem Betreiber des Lausitzer Reviers, der LEAG, zu einer Demonstration in Cottbus aufgerufen. Rund 3.000 Menschen versammelten sich vor der Stadthalle, um dabei zu sein, wenn der Block F des Kraftwerks Jänschwalde um 17 Uhr in die sogenannte Sicherheitsbereitschaft überführt wird. Darunter ist die von der Bundesregierung im Jahr 2015 beschlossene Maßnahme zu verstehen, den Kraftwerksblock zuerst vorläufig außer Betrieb zu nehmen und nach

vier Jahren endgültig stillzulegen. Bis zur Stilllegung wird er jedoch weiterhin für den Fall vorgehalten, dass die Stromversorgung Deutschlands einmal nicht ausreichend gedeckt sein sollte. Die Abschaltung trägt zur Erreichung der deutschen Klimaziele bei, da durch die Maßnahme eine Menge CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden. Im Jahr 2019 wird auch der Block E in die Sicherheitsbereitschaft überführt, wodurch im Lausitzer Revier nach Angaben des Betreibers insgesamt rund 600 Stellen wegfallen werden. Dies hat auf Grund von Ruhestandsregelungen der Beschäftigten zwar keine Auswirkungen im Sinne von Kündigungen, allerdings wird das Lausitzer Revier in Zukunft seine Ausbildungsaktivitäten drosseln müssen.

Zur Teilnahme an der Demonstration hatte auch der Verein Pro Lausitzer Braunkohle aufgerufen, der ebenfalls die Ansichten der IG BCE teilt. Neben Redebeiträgen von Vorständen der LEAG, Mitgliedern des Gesamtbetriebsrates und der IG BCE plädierten außerdem der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke und der sächsische Wirtschaftsminister Martin Dulig für einen organisierten Strukturwandel und klare Pläne für die Zukunft der Lausitz. Die Region brauche außerdem Finanzhilfen für die Schaffung von attraktiven Rahmenbedingungen, um neue Investoren in die Lausitz locken zu können und somit Arbeitsplätze zu schaffen. Ministerpräsident Woidke erinnerte nebenbei an die Notwendigkeit von bezahlbarem Strom, sowohl für die Bürger als auch für die Industrie. Die Demonstranten und Redner forderten explizit die Mitglieder der Kohlekommission und die Bundespolitik zum Handeln auf.

Vor Ort waren Fernsehteams aktiv und nahmen die Demonstranten auf, wie sie Plakate hissten und den Rednern Applaus spendeten. Auch auf den sozialen Netzwerken wurde die Veranstaltung geteilt. Im Mittelpunkt der Demonstration stand eine symbolische Protestaktion gegen den Verlust der zahlreichen Arbeitsplätze. Dazu nahmen vor der Stadthalle 600 Beschäftigte der LEAG platz und hinterließen nach der vollendeten Abschaltung des Kraftwerkblocks ihre weißen Schutzhelme auf den Sitzen. Das Bild der leeren Stuhlreihen, umringt von Demonstranten, prägte den weiteren Verlauf der friedlichen Veranstaltung (vgl. Hertzner 2018a; vgl. IG Bergbau, Chemie, Energie - Bezirk Cottbus 30.09.2018).

### 2.3.2.1.2 Demonstration zum Besuch der Kohlekommission

- Teilnehmende Interessengruppen: *IG BCE, ver.di, Pro Lausitzer Braunkohle e.V.*
- Adressat: *Mitglieder der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, Politische Entscheidungsträger der Bundesebene*
- Methode: *Öffentlichkeitsarbeit und Medienpräsenz, öffentlichkeitswirksame Aktionen und Kampagnen*
- Forderungen: *ein schrittweiser Strukturwandel mit ausreichend Zeit für Investitionen in die Region, kein zeitnaher Kohleausstieg, eine klare Perspektive für die Menschen in der Lausitz und die Beschäftigten in den Revieren für die Zeit nach der Braunkohle*

Am 11. Oktober 2018 tagte die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ in der Lausitz. Es war ihr einziger Besuch in der Region und dementsprechend engagiert, wollten die Befürworter der Lausitzer Braunkohle auf ihre Anliegen aufmerksam machen. Die Kommission kam dabei sowohl in Weißwasser als später auch in Großräschen zusammen, um über die Zukunft der Lausitz zu diskutieren. Sie wurde an beiden Standorten von mehr als 2.000 friedlichen Demonstranten empfangen, welche mit zahlreichen Plakaten, Trillerpfeifen, Sirenen und Trommeln ihre Forderungen deutlich machten. Unter den Teilnehmern waren Mitarbeiter und Partnerunternehmen der LEAG, Firmen und Vereine aus der Region, Mitglieder von ver.di und viele weitere Gewerkschafter der IG BCE, welche zu den Protesten aufgerufen hatte. Die Demonstranten forderten in erster Linie einen Erhalt ihrer Arbeitsplätze und keinen zeitnahen Braunkohleausstieg Deutschlands. Des Weiteren sollte den Mitgliedern der Kohlekommission sowie der gesamten Bundespolitik vermittelt werden, dass die Menschen in der Region eine Perspektive für die Zeit nach der Braunkohle benötigen und dies nur über einen Strukturwandel realisierbar ist, welcher unter anderem Finanzhilfen vorsehen müsse. Diese Forderungen wurden in einer Unterschriftenliste festgehalten, welche von 11.364 Unterstützenden im Bezirk Cottbus unterzeichnet wurde, und den Kommissionsmitgliedern vor ihrer Sitzung überreicht wurde. Außerdem sollten die Mitglieder der Kommission durch mehrere Vorträge auf die Bedeutung der Braunkohleindustrie für die gesamte Region und ihre Menschen aufmerksam gemacht werden. Vor Ort solidarisierten sich auch die Ministerpräsidenten der beiden Bundesländer Sachsen und Brandenburg mit den Demonstranten und unterstützten ihre Forderungen (vgl. IG Bergbau, Chemie, Energie 12.10.2018b; vgl. Hertzler 2018b).

Die Proteste wurden von mehreren regionalen Rundfunkanstalten begleitet, unter anderem war der Mitteldeutsche Rundfunk vor Ort und veröffentlichte anschließend Beiträge über die Demonstration (vgl. Mitteldeutscher Rundfunk 2018a).

## 2.3.2.2 Demonstrationen tendenzieller Braunkohlegegner

### 2.3.2.2.1 Demonstration "Kohle stoppen – Klimaschutz jetzt!"

- Teilnehmende Interessengruppen: *BUND, NABU, Greenpeace, NaturFreunde Deutschlands, WWF, Grüne Liga, Deutscher Naturschutzring, Klima-Allianz Deutschland u.a.*
- Adressat: *Politik auf internationaler und nationaler Ebene, Mitglieder der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“*
- Methode: *Öffentlichkeitsarbeit und Medienpräsenz, öffentlichkeitswirksame Aktionen und Kampagnen*
- Forderungen: *Umsetzung Pariser Klimaabkommen, internationale und nationale Klimaziele verschärfen, die Hälfte der Kohlekraftwerkskapazität in Deutschland abschalten, schneller Kohleausstieg, sofortiger Stopp aller Pläne für neue Kohlekraftwerke, Tagebaue und –erweiterungen, zielgerichtete Unterstützung der Beschäftigten in den Kohlerevieren für einen sozialökologischen Strukturwandel*

Am 1. Dezember 2018, einen Tag vor Beginn der UN-Klimakonferenz in Kattowitz, versammelten sich in Berlin und Köln zeitgleich insgesamt rund 36.000 Menschen und forderten die Politik unter dem Motto „Kohle stoppen – Klimaschutz jetzt!“ zu mehr Einsatz beim Klimaschutz und einem schnellen Ausstieg aus der Braunkohle auf. Die Demonstration hatte dabei einen breiten Unterstützerkreis von mehr als 60 zivilgesellschaftlichen Vereinigungen. Neben Umweltorganisationen wie Greenpeace, BUND, NABU und WWF, zählten unter anderem auch die Parteien Bündnis90/Die Grünen und die Linke zu den Unterstützern der Veranstaltung (vgl. NaturFreunde Berlin e.V. 2018). Beide Demonstrationen zogen erst durch die Innenstädte von Berlin bzw. Köln und endeten jeweils mit Kundgebungen und Reden von Mitgliedern verschiedener Organisationen. Die Demonstranten artikulierten ihre Forderungen dabei friedlich mit Hilfe von Bannern, Plakaten, Kostümen und zogen lautstark durch die Straßen. Gemeinsam setzten sie sich für eine Verschärfung der internationalen und nationalen Klimaziele ein und forderten die kompromisslose Einhaltung des Pariser Klimaabkommens. Außerdem sollen die Hälfte der Kohlekraftwerkskapazitäten Deutschlands so schnell wie möglich abgeschaltet werden, um das Klimaziel der Bundesrepublik für 2020 einhalten zu können. Ferner wird ein schneller und kompletter Ausstieg aus der Braunkohleindustrie gefordert, welcher gesetzlich verankert werden soll. Die Forderungen der Demonstranten richteten sich damit direkt an die Politik, welche zum schnellen Handeln aufgefordert wurde (vgl. NaturFreunde Berlin e.V. 2018, Dezember 2018).

Das Geschehen wurde von vielen Rundfunkanstalten eingefangen und in Fernseh- und Radiobeiträgen veröffentlicht. Außerdem konnte man die Ereignisse über das Internet verfolgen. Die Proteste erreichten somit eine große Anzahl von Menschen (vgl. Norddeutscher Rundfunk 2018).

#### **2.3.2.2.2 Demonstrationen im Rahmen des Lausitzer Klima- und Energiecamps**

- Teilnehmende Interessengruppen: *NaturFreunde Deutschlands, BUND, Robin Wood u.a.*
- Adressat: *Politik auf internationaler und nationaler Ebene, tschechischer Energiekonzern EPH*
- Methode: *Öffentlichkeitsarbeit und Medienpräsenz, öffentlichkeitswirksame Aktionen und Kampagnen*
- Forderungen: *schnelle Energiewende und eine Energieversorgung aus 100% erneuerbaren Energien, zügiger Ausstieg aus der Braunkohle, keine Tagebauerweiterungen, mehr Einsatz für den Klimaschutz*

Vom 6. bis 16. Mai 2016 fand in Proschim das 6. Klima- und Energiecamp statt. Mehr als 3.500 Menschen aus der Region und aus ganz Europa nahmen an der Veranstaltung teil und setzten ein Zeichen für den Klimaschutz und für die Energiewende. Das erste Lausitzcamp fand im Jahr 2011 statt und seitdem schlagen die Teilnehmer einmal im Jahr an sich wechselnden Orten ihre Zelte auf. 2016 stellte man sich demonstrativ an die Seite der Einwohner von Proschim, da das Dorf von einer Abaggerung durch die Erweiterung des Tagebau Welzow Süd bedroht ist. Das Lausitzcamp sieht sich als „Ort der Vernetzung [...] zwischen Klimaaktivist\*innen und dem lokalen Braunkohlewiderstand“, als „Ort der [...] Auseinandersetzung mit [...] gesellschaftlichen Problemen“ und als „Ausgangspunkt für widerständige Praxis und direkte Aktionen“ (Verein Lausitzcamp 2018). Während man von Montag bis Freitag eher interne Veranstaltungen durchführte, fanden am Wochenende mehrere öffentliche Protestaktionen und Demonstrationen statt. Zum einen demonstrierten am Samstag, den 14.05.2016, mehr als 1.000 Teilnehmer friedlich gegen die Erschließung neuer Tagebauabbaufelder und für einen schnellen Kohleausstieg, zum anderen kam es gleichzeitig zu Besetzungen und Blockaden im Tagebau Welzow-Süd (vgl. Verein Lausitzcamp 18.05.2016). Der friedliche Demonstrationzug durch Welzow und Proschim wurde von einem breiten Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter die NaturFreunde Deutschlands, BUND und Robin Wood, unterstützt. Ausgerüstet mit Plakaten, Fahnen und einer lautstarken Stimme artikulierten sie ihre Forderungen. Außerdem gab es Redebeiträge von Mitgliedern verschiedener Organisationen und auch die damalige Bundesvorsitzende der Partei Bündnis

90/Die Grünen, Simone Peter, ergriff das Wort und unterstützte die Veranstaltung (vgl. Campact e.V. 2016).

Wie bereits erwähnt, kam es gleichzeitig zu einer zweiten Protestaktion. Dazu hatte das Bündnis „Ende Gelände“ aufgerufen. Dabei handelt es sich um keinen eingetragenen Verein sondern vielmehr um einen „Zusammenschluss von Menschen aus der Anti-Kohle- und der Anti-Atom-Bewegung“. Zu den Unterzeichnern einer Solidaritätserklärung mit der Protestbewegung zählen unter anderem auch der BUND und Robin Wood (vgl. Ende Gelände 2016). Die Aktionen von Ende Gelände begannen bereits am Freitag, den 13.05.2016, als rund 1.500 Demonstranten auf das Gelände des Tagebaus Welzow-Süd stürmten. Zum Schutz der Mitarbeiter des Tagebaus und der Demonstranten wurde der Abbaubetrieb eingestellt. Die Demonstranten behinderten die Kohleverladung und besetzten die Gleise, sodass die Kohleversorgung des Kraftwerks Schwarze Pumpe beeinträchtigt wurde. Diese Blockade blieb auch am Samstag erhalten, wodurch die Leistung des Kraftwerks gedrosselt werden musste, da die Kohleversorgung zusammengebrochen war. Die Situation eskalierte am Samstagnachmittag, nachdem rund 300 Menschen gewaltsam in das Gelände des Kraftwerks Schwarze Pumpe eindrangen. Die Polizei verhaftete dabei rund 120 Aktivisten, die Gleise blieben allerdings von den Demonstranten besetzt. Am Samstagabend formierte sich eine Gegendemonstration, die sich für einen Erhalt der Braunkohleindustrie in der Lausitz aussprach. Am Sonntag beendete letztendlich die Polizei die Blockade der Kohlezufuhr am Kraftwerk, womit der Protest von Ende Gelände endete und das Kraftwerk wieder seine geforderte Leistung bringen konnte. Nach Angaben der LEAG hinterließ die Protestaktion eine Reihe von Schäden. So wurden technische Anlagen manipuliert, Kabelverbindungen gelöst und auch das Eindringen auf das Kraftwerksgelände verursachte einige Schäden an Anlagen und Gebäuden (vgl. Schirmer 2016). Im Laufe des Wochenendes kam es zu weiteren Begegnungen von Braunkohleunterstützern und –gegnern, welche jedoch ohne große Auseinandersetzungen und Eskalationen abliefen.

Auch wenn beide Veranstaltungen im Rahmen des Lausitzer Klima- und Energiecamps unterschiedliche Maßnahmen wählten, um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen, so vermittelten sie im Grunde trotzdem den gleichen Inhalt. Auf der einen Seite wollte man die Politik ganz klar dazu auffordern, einen schnellen Kohleausstieg zu beschließen und die Energiewende voranzutreiben. Auf der anderen Seite sollte dem tschechischen Energiekonzern EPH verdeutlicht werden: „Wenn du die Braunkohle kaufst, kaufst du auch die Proteste mit“ (Meier 2016).

Beide Veranstaltungen wurden überwiegend über das Internet und soziale Medien verbreitet, doch auch Rundfunkanstalten berichteten über die Aktionen vom Pfingstwochenende 2016 (vgl. Wussmann und Rausch 2016).

### 2.3.2.3 Fazit zu den Demonstrationen

Die soeben vorgestellten Aktionen der jeweiligen Interessengruppen stellen natürlich nur einen Bruchteil der gesamten Arbeit der Organisationen dar. Der Autor ist bei der Auswahl der Demonstrationen darauf angewiesen gewesen, dass die Veranstaltungen öffentlichkeitswirksam durchgeführt wurden. Ohne die Berichterstattung von Rundfunkanstalten oder organisationseigenen Websites wäre es verständlicherweise nicht möglich, bestimmte Aktionen überhaupt zu untersuchen. In Folge dessen können vertrauliche Gespräche und nichtöffentliche Veranstaltungen nicht ausgewertet werden, da es keinerlei Berichterstattung darüber gibt. Dies unterstreicht die Bedeutung der Medien als Transportmittel von Informationen. Nichts desto trotz bieten die Demonstrationen einen Einblick in die Charakteristik der Arbeitweise, wodurch sich bestimmte Merkmale ableiten lassen.

So wurde deutlich, dass Nichtregierungsorganisationen und Umweltverbände ihre Forderungen und Anliegen oft radikaler und zugespitzter formulieren als beispielsweise Wirtschafts- und Industrieverbände. „Im Vergleich zu Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden haben Non-Profit-Organisationen durch ihre relative Unabhängigkeit und Flexibilität erhebliche Vorteile bei der Kampagnenführung und Außendarstellung“ (Bender et al. 2004, S. 29). Des Weiteren legitimieren die Umweltorganisationen ihre Protestaktionen immer wieder mit der Begründung, dass das Gemeinwohl gefährdet sei und die Verantwortlichen nur mit Hilfe von klaren Botschaften zur Handlung bewegt werden können. Das Gemeinwohl wird dabei von den Interessengruppen zu ihren Gunsten ausgelegt. Ferner gelingt es Nichtregierungsorganisationen immer wieder, eine beachtliche Zahl an Demonstranten zu mobilisieren, um auf den Klimawandel und den Ausstieg aus der Braunkohleindustrie aufmerksam zu machen.

Im Vergleich dazu agieren die Interessengruppen der Braunkohlebefürworter nicht so öffentlichkeitswirksam wie die Umweltorganisationen und zu ihren Veranstaltungen kommen meist weniger Demonstranten. Die Begründung liegt hier unter anderem darin, dass eine Thematik wie der Klimaschutz grundsätzlich alle Menschen anspricht, da jeder von Wetterverhältnissen und dem Klima abhängig ist. Außerdem gibt es einen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass der Klimawandel ein Problem darstellt. Einen Arbeitsplatz in der Braunkohleindustrie hat dagegen nur ein Bruchteil der Bevölkerung inne und die hohen Emissionswerte der Braunkohleindustrie sind nicht abzustreiten. Doch all dies bedeutet nicht, dass die Interessengruppen, welche an der Seite der Braunkohleindustrie stehen, nicht aktiv wären. Die Arbeitsweisen unterscheiden sich jedoch. „Unternehmen und [Wirtschaftsverbände] beeinflussen den politischen Prozess im Wesentlichen durch ihre parlamentarischen und ministeriellen Kontakte in den sie betreffenden Fragen. Dies tun Gewerkschaften im Prinzip auch“ (Hassel 2006, S. 188). Sie sind also

vorzugsweise im Nichtöffentlichen tätig und sehen in Demonstrationen eher ein zusätzliches Mittel zur Artikulation ihrer Interessen (vgl. Haacke 2006, S. 175f.). Auch wenn Umweltorganisationen immer professioneller agieren und auch lobbyistisch aktiv sind, so greifen sie grundsätzlich eher zu öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen. Damit versuchen sie auf Missstände aufmerksam zu machen und in der Öffentlichkeit die Unterstützung zu bekommen, die ihre Arbeit weitgehend legitimiert. Daraus lässt sich der Entschluss ziehen, dass Umweltorganisationen in größerem Umfang auf Unterstützung aus der Öffentlichkeit angewiesen sind als Wirtschaftsverbände. Außerdem ist nicht zu vergessen, dass hinter Wirtschafts- und Industrieverbänden auch immer Arbeitnehmer stehen. Die Niederlegung der Arbeit ist ein Druckmittel, welches den Umweltorganisationen nicht zur Verfügung steht. Beide Seiten können allerdings argumentieren, dass sie hinter ihren Ansichten potentielle Wählerstimmen vereinen, an denen Politiker immer ein Interesse haben. Im Übrigen gilt die Kernaussage aus Abschnitt 2.3.1.3: Keine Organisation kann anhand ihrer Arbeitsweise per se als erfolgreich bzw. nicht erfolgreich beschrieben werden. Diese Frage ist stets situativ zu betrachten und von vielen Faktoren abhängig.

## 3 Ergebnisse

### 3.1 Fazit der Untersuchungsergebnisse

Nachdem sich auf den vorhergehenden Seiten intensiv mit den Interessengruppen, ihrer Arbeitsweise und ihren spezifischen Forderungen auseinandergesetzt wurde, sollen die Ergebnisse nun zusammengetragen werden.

Die vorliegende Arbeit hatte zwei Untersuchungsziele. Zum einen sollte aufgezeigt werden, welche Interessengruppen im Lausitzer Braunkohlerevier aufeinandertreffen und ein Interesse an den Geschehnissen formulieren. Zum anderen sollte analysiert werden, welche Methoden und Arbeitsweisen die jeweiligen Interessengruppen anwenden, um ihre Forderungen und Interessen möglichst erfolgreich gegenüber den Adressaten zu artikulieren.

Bereits zu Beginn der Untersuchung musste man feststellen, dass die Situation des Lausitzer Reviers nicht isoliert betrachtet werden kann. Vielmehr benötigt es dazu mindestens den Blick auf die Politik der Bundesebene, wenn nicht sogar darüber hinaus. Im Raum steht dabei die Frage, wie mit der Problematik des Klimawandels umgegangen wird und welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um diesem entgegenzuwirken. Der bundespolitische Konsens bestand dabei in der Einleitung der Energiewende und dem schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle. Mit dem Ergebnis der Braunkohlekommission steht nun auch eine Deadline für die Braunkohleindustrie in Deutschland im Raum – das Jahr 2038. Doch gut zwei Monate nach Veröffentlichung der Ergebnisse ist eine Abkühlung der Debatte nicht in Sicht, denn der Abschlussbericht der Kohlekommission stellt nur eine Empfehlung an die Bundesregierung dar. Nun liegt es an ihr, die Empfehlungen in Gesetze umzuwandeln. Doch bis dies geschehen ist, werden die Interessengruppen weiterhin versuchen, ihre Forderungen mit Nachdruck gegenüber der Politik zu artikulieren.

Ebenso gespannt blickt die Lausitz nach Berlin. Es wurde während der Untersuchung deutlich, dass sich die Lausitz in einem großen Spannungsfeld zwischen Braunkohlebefürwortern und Braunkohlegegnern befindet. An erster Stelle ist hier festzuhalten, dass eine Vielzahl an Organisationen ein Interesse verfolgt, welches mit dem Lausitzer Braunkohlerevier in Verbindung gebracht werden kann. Wie bereits erwähnt, war es nicht Aufgabe der vorliegenden Arbeit, jede einzelne Interessengruppe vorzustellen. Die Arbeit konnte allerdings aufzeigen, dass das Lausitzer Revier bei vielen Interessengruppen, sowohl regional als auch international, ein Thema von großer Bedeutung ist.

In der Region gibt es zur Braunkohle grundsätzlich nur zwei Positionen – entweder pro oder contra Braunkohleindustrie. So einfach stellt sich die Situation in der Landschaft der Interessengruppen nicht dar. Zwar gibt es auch hier Organisationen, welche sich ausdrücklich für bzw. gegen eine Weiterführung der Braunkohleindustrie einsetzen, doch

die Braunkohle befindet sich nicht immer im Mittelpunkt der Diskussion. Vielmehr stehen vor allem bei den tendenziellen Unterstützern die wirtschaftliche Zukunft und die Frage nach einem Strukturwandel in der Region im Vordergrund. Und auch bei den tendenziellen Braunkohlegegnern gibt es unterschiedliche Auffassungen zur Lage in der Lausitz. Zwar fordern hier alle Interessengruppen einen Ausstieg aus der Braunkohleindustrie, allerdings gehen diese Forderungen unterschiedlich weit. Einige Organisationen fordern einen radikalen und sofortigen Kohleausstieg, wohingegen andere Vereinigungen auch die wirtschaftliche Zukunft der Lausitz in Gefahr sehen und deshalb in Verbindung mit einem Kohleausstieg einen klaren und schnellen Strukturwandel für die Region fordern. Auf Grund dessen ist es nicht möglich die Forderungen der tendenziellen Braunkohlebefürworter bzw. –gegner zu pauschalisieren, sondern man muss die Ansichten jeder Interessengruppe im Einzelnen betrachten. Eine Pauschalisierung würde einigen Organisationen nicht gerecht werden, weshalb auch in der vorliegenden Arbeit darauf verzichtet wird.

Die Arbeitsweise der Interessengruppen wurde bereits in Abschnitt 2.3.2.3 zusammengefasst, weswegen hier nicht noch einmal ausführlich darauf eingegangen werden soll. Grundsätzlich ist bei der Arbeitsweise der Vereinigungen zu konstatieren, dass es erkennbare Unterschiede zwischen den Strategien der tendenziellen Braunkohlebefürworter und –gegner gibt und Umweltorganisationen eher öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zur Artikulation ihrer Interessen anwenden.

Des Weiteren wurde mittels der Untersuchung deutlich, dass die Thematik rund um die Braunkohle sowohl auf kommunaler als auch auf internationaler Ebene intensiv diskutiert wird. Anhand der Organisationsstrukturen der Interessengruppen konnte man außerdem nachvollziehen, wie die Interessen der Kommunalebene an die Politik der Bundesebene herangetragen werden können. Damit wurde in der vorliegenden Arbeit auch die besondere Bedeutung und Aufgabe der Interessengruppen herausgestellt.

### **3.2 Ausblick**

Neben den gewonnenen Ergebnissen bietet die vorliegende Arbeit eine Grundlage für weitere Untersuchungen. Die Möglichkeiten sind dabei vielfältig, da die Arbeit viele Themen aufgreift, die Teil einer komplett neuen Untersuchung sein können. Beispielsweise könnte die internationale oder nationale Klimapolitik intensiver begutachtet werden. Ein anderer Ansatzpunkt wäre eine Auseinandersetzung mit den Interessengruppen oder mit der Arbeitsweise, indem man eine komplette wissenschaftliche Arbeit einem dieser Themen widmet. Ziel der vorliegenden Arbeit war allerdings bewusst die Analyse beider Bereiche, um dem Leser einen möglichst breiten Einblick über das Aufeinandertreffen von Interessengruppen an einem konkreten Beispiel aufzeigen zu können. Dabei erwies

sich das Lausitzer Braunkohlerevier als Paradebeispiel für eine aktuelle und intensiv geführte Diskussion, da sowohl die tendenziellen Befürwörter als auch die Gegner der Braunkohleindustrie sehr aktiv für ihre Interessen eintreten und diese vertreten.

Mit Blick auf die Entwicklung des Lausitzer Reviers und der Region ergeben sich ferner weitere Untersuchungsgegenstände. Dabei könnten unter anderem die Vorschläge der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ für einen „Wirtschaftsstandort Lausitz“ ohne Braunkohleindustrie unter die Lupe genommen und analysiert werden.

Es wird deutlich, dass es sich bei der vorliegenden Arbeit um keine abgeschlossene Untersuchung handelt, sondern gewisse Fragestellungen in zukünftigen Arbeiten erneut aufgegriffen werden können. Die Arbeit gibt dem Leser einen grundlegenden Einstieg in die Thematik und Situation des Lausitzer Braunkohlereviers und zeigt Streitpunkte auf, welche vor Ort und auf allen anderen Ebenen diskutiert werden.

### **3.3 Schlusswort**

Fragestellungen rund um das Thema Braunkohleausstieg und die damit zusammenhängende Diskussion über das Lausitzer Revier, werden nach Meinung des Autors in den nächsten Jahren nicht abnehmen. In Verbindung mit den klimapolitischen Zielen der Bundesrepublik und der Förderung der Energiewende werden immer wieder Stimmen aufkommen, welche einen frühzeitigen Kohleausstieg fordern. Fraglich wird sein, inwiefern die Wirtschaftsverbände und Befürwörter der Braunkohleindustrie auf diese Forderungen reagieren und ob es ihnen auch in Zukunft gelingt, ihre Positionen und Ansichten an die politischen Entscheidungsträger heranzutragen. Nicht zu vergessen ist die Frage, ob eine stabile Energieversorgung aus reinen erneuerbaren Energien überhaupt möglich ist, sollte bei der Stromerzeugung komplett auf die fossilen Energieträger verzichtet werden. Diese und noch mehr Fragen gilt es zu beantworten und die Interessengruppen werden ohne Frage eine wichtige Rolle bei der Konsensfindung innerhalb der Politik einnehmen. In Zukunft werden wahrscheinlich noch mehr Organisationen ein Interesse an der Lausitz bekunden, wenn es nämlich darum geht, den Strukturwandel in der Region zu gestalten. Wer dabei am Ende erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten.

Es ist festzuhalten: Das Lausitzer Braunkohlerevier sowie die gesamte Lausitzer Region waren, sind und werden auch in Zukunft ein Schauplatz sein, auf dem es zum Aufeinandertreffen von vielen Interessengruppen kommen wird.

## **Wesentliche Erkenntnisse der Bachelorarbeit**

1. Das Lausitzer Braunkohlerevier befindet sich in einem Spannungsfeld, in dem unzählige Interessengruppen agieren.
2. Lobbyarbeit und Interessenvertretung ist ein notwendiger Teil jeder Demokratie.
3. Interessengruppen sind das Bindeglied zwischen Gesellschaft und Politik.
4. Für Interessengruppen stellen die Medien ein wichtiges Hilfsmittel zur Übermittlung ihrer Forderungen und Anliegen dar.
5. Umweltorganisationen sind in größerem Maße auf die Unterstützung der Öffentlichkeit angewiesen als Wirtschafts- und Industrievereinigungen.
6. Umweltorganisationen können im Vergleich zu Wirtschafts- und Industrievereinigungen eine radikalere und zugespitztere Form der Artikulierung wählen.
7. Wirtschafts- und Industrievereinigungen verfügen im Gegensatz zu Umweltorganisationen über das Druckmittel der Arbeitsniederlegung.
8. Keine Vereinigung kann per se als starke oder schwache Interessengruppe betitelt werden.
9. In der Lausitzer Region muss ein schrittweiser Strukturwandel mit einer Perspektive für die Bevölkerung stattfinden.
10. Die Diskussion über die Zukunft der Braunkohle wird derzeit vor allem von ideologischen Forderungen geprägt. Die Konsequenzen einer Debatte ohne Kompromissbereitschaft werden am Ende die betroffenen Regionen tragen, wenn notwendige Zukunftskonzepte nicht rechtzeitig beschlossen werden.

## Literaturverzeichnis

**AG Energiebilanzen e.V.** (2018): Bruttostromerzeugung in Deutschland ab 1990 nach Energieträgern. Online verfügbar unter <https://ag-energiebilanzen.de/4-0-Arbeitsgemeinschaft.html>, zuletzt aktualisiert am Dezember 2018, zuletzt geprüft am 12.02.2019.

**Bender, Gunnar; Reulecke, Lutz; Ledwon, Martin David** (2004): Handbuch des deutschen Lobbyisten. Wie ein modernes und transparentes Politikmanagement funktioniert. 2. Aufl. Frankfurt am Main: F.A.Z.-Inst. für Management-Markt- und Medieninformationen (Frankfurter-Allgemeine-Buch im F.A.Z.-Institut).

**BUND Brandenburg e.V.** (2019): Braunkohle & Klima. Mensch & Umwelt. Potsdam. On-line verfügbar unter <https://www.bund-brandenburg.de/braunkohle-klima/>, zuletzt aktualisiert am 2019, zuletzt geprüft am 05.03.2019.

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.** (2017): Satzung des BUND e.V. Berlin. Online verfügbar unter [https://www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/bund/bund\\_satzung.pdf](https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/bund/bund_satzung.pdf), zuletzt aktualisiert am 19.11.2017, zuletzt geprüft am 05.03.2019.

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.** (2018): Jahresbericht 2017. Berlin. Online verfügbar unter [https://www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/bund/bund\\_jahresbericht\\_2017.pdf](https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/bund/bund_jahresbericht_2017.pdf), zuletzt geprüft am 05.03.2019.

**BUND Sachsen e.V.** (2019): Braunkohle. Mensch & Umwelt. Chemnitz. Online verfügbar unter <https://www.bund-sachsen.de/themen/mensch-umwelt/braunkohle/>, zuletzt aktualisiert am 2019, zuletzt geprüft am 05.03.2019.

**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** (2017a): Verpflichtungsperioden. Kyoto Protokoll. Online verfügbar unter [www.bmu.de/WS4496](http://www.bmu.de/WS4496), zuletzt aktualisiert am 26.05.2017, zuletzt geprüft am 31.01.2019.

**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** (2017b): Nationale Klimapolitik. Online verfügbar unter [www.bmu.de/WS215](http://www.bmu.de/WS215), zuletzt aktualisiert am 29.09.2017, zuletzt geprüft am 31.01.2019.

**Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.** (2016): Unser Mandat. Unser Leitbild. Unsere Aufgaben. Online verfügbar unter <https://bdi.eu/der-bdi/ueber-uns/#/artikel/news/unser-mandat-unser-leitbild-unsere-aufgaben/>, zuletzt aktualisiert am 29.10.2016, zuletzt geprüft am 27.02.2019.

**Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.** (26.10.2017): Sondierungsverhandlungen: Anstieg der Energiekosten durchbrechen. Wiskow, Jobst-Hinrich, J.Wiskow@bdi.eu. HTML. Online verfügbar unter <https://bdi.eu/artikel/news/sondierungsverhandlungen-anstieg-der-energiekosten-durchbrechen/>, zuletzt geprüft am 27.02.2019.

**Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.** (19.10.2018): Kohleausstieg nicht überstürzen. Wiskow, Jobst-Hinrich, J.Wiskow@bdi.eu. HTML. Online verfügbar unter <https://bdi.eu/artikel/news/kohleausstieg-nicht-ueberstuerzen/>, zuletzt geprüft am 27.02.2019.

- Campact e.V.** (2016): Keine Zukunft mit der Kohle. Online verfügbar unter <https://www.campact.de/kohleausstieg/lausitz/demo/>, zuletzt geprüft am 19.03.2019.
- Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein e.V.** (07.06.2018): Ohne Braunkohle keine sichere Energieversorgung – Heimischer Rohstoff wird noch Jahrzehnte gebraucht. Braunkohlentag 2018 in Halle (Saale) / Reviere brauchen Zeit und verlässliche Rahmenbedingungen für Strukturwandel. Halle, debriv@braunkohle.de. PDF. Online verfügbar unter [https://braunkohle.de/index.php?article\\_id=54&year=2018](https://braunkohle.de/index.php?article_id=54&year=2018), zuletzt geprüft am 27.02.2019.
- Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein e.V.** (2019): Informationen zum DEBRIV. Online verfügbar unter <https://braunkohle.de/2-0-Informationen-zum-DEBRIV.html>, zuletzt aktualisiert am 01.02.2019, zuletzt geprüft am 26.02.2019.
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.** (2019): Wer wir sind. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK). Online verfügbar unter <https://www.dihk.de/wir-ueber-uns/wer-wir-sind/dihk>, zuletzt aktualisiert am 2019, zuletzt geprüft am 01.03.2019.
- DNR e.V.** (2013): Leitbild des Deutschen Naturschutzbundes. Berlin. Online verfügbar unter [https://www.dnr.de/fileadmin/Der\\_DNR/Leitbild\\_\\_\\_Grundsatzprogramm/DNR\\_Leitbild.pdf](https://www.dnr.de/fileadmin/Der_DNR/Leitbild___Grundsatzprogramm/DNR_Leitbild.pdf), zuletzt geprüft am 11.03.2019.
- Ende Gelände** (2016): Ende Gelände - Kohle stoppen Klima schützen. 13. - 16. Mai 2016 in der Lausitz. Online verfügbar unter [https://2016.ende-gelände.org/wp-content/uploads/2016/02/Pressemappe\\_Ende-Gelände.pdf](https://2016.ende-gelände.org/wp-content/uploads/2016/02/Pressemappe_Ende-Gelände.pdf), zuletzt aktualisiert am 2016, zuletzt geprüft am 19.03.2019.
- Fromm, Peter** (1994): 70 Jahre Abraumförderbrücken in der Lausitz. Unter Mitarbeit von Günter Uhlig. Hg. v. Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH. Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft. Online verfügbar unter [https://www.lmbv.de/index.php/Historie\\_Lausitz.html](https://www.lmbv.de/index.php/Historie_Lausitz.html), zuletzt aktualisiert am 01.12.1994, zuletzt geprüft am 07.02.2019.
- Global Carbon Project** (2018): Global Carbon Budget 2018. Future Earth. Online verfügbar unter [http://www.globalcarbonproject.org/carbonbudget/18/files/GCP\\_CarbonBudget\\_2018.pdf](http://www.globalcarbonproject.org/carbonbudget/18/files/GCP_CarbonBudget_2018.pdf), zuletzt aktualisiert am 05.12.2018, zuletzt geprüft am 31.01.2019.
- Greenpeace e.V.** (2017): Greenpeace Satzung. Hamburg. Online verfügbar unter [https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/greenpeace\\_e.v.\\_satzung\\_17.03.2017.pdf](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/greenpeace_e.v._satzung_17.03.2017.pdf), zuletzt geprüft am 04.03.2019.
- Greenpeace e.V.** (2018): Jahresbericht 2017. Hamburg. Online verfügbar unter <https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/b01181-greenpeace-jahresbericht-jahresbilanz-2017.pdf>, zuletzt geprüft am 01.03.2019.

- Greenpeace e.V.** (2019): Ein Herz fürs Klima. Die Zeit rennt uns davon: Wir brauchen eine wirksame Klimaschutzpolitik. Planet Earth First. Hamburg. Online verfügbar unter <https://www.greenpeace.de/klimaschutz-jetzt>, zuletzt aktualisiert am 2019, zuletzt geprüft am 04.03.2019.
- Grüne Liga e.V.** (2018): Ansprechpartner. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.grueneliga.de/index.php/de/themen-projekte/ansprechpartner>, zuletzt aktualisiert am 08.08.2018, zuletzt geprüft am 06.03.2019.
- Grüne Liga Umweltgruppe Cottbus e.V.** (2018a): Drohende neue Tagebaue in der Lausitz. Cottbus. Online verfügbar unter <https://kein-tagebau.de/index.php/de/31-einleitungstexte/93-drohende-neue-tagebaue-in-der-lausitz>, zuletzt aktualisiert am 2018, zuletzt geprüft am 06.03.2019.
- Grüne Liga Umweltgruppe Cottbus e.V.** (2018b): Kurzbericht zur Arbeit im Jahr 2018. Cottbus. Online verfügbar unter [https://kein-tagebau.de/images/\\_dokumente/ugc\\_jahresbericht\\_2018.pdf](https://kein-tagebau.de/images/_dokumente/ugc_jahresbericht_2018.pdf), zuletzt geprüft am 06.03.2019.
- Haacke, Eva** (2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden. In: Thomas Leif (Hg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 514), S. 164–187.
- Hassel, Anke** (2006): Die Erosion der gewerkschaftlichen Lobbymacht. In: Thomas Leif (Hg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 514), S. 188–198.
- Heitmann, Clemens** (2010): Entstehung, Entwicklung und Bedeutung der Lausitzer und mitteldeutschen Braunkohlenindustrie im Spiegel ihrer Überlieferung im Bergarchiv Freiberg. Unter Mitarbeit von Matthias Fiedler und Sebastian Müller. Hg. v. Clemens Heitmann. Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e.V. Online verfügbar unter [https://www.wirtschaftsarchive.de/veroeffentlichungen/zeitschrift/aufsatz\\_heitmann.pdf](https://www.wirtschaftsarchive.de/veroeffentlichungen/zeitschrift/aufsatz_heitmann.pdf), zuletzt geprüft am 07.02.2019.
- Hermann, Hauke; Schumacher, Katja; Förster, Hannah** (2018): Beschäftigungsentwicklung in der Braunkohleindustrie: Status quo und Projektion. Umweltbundesamt; Öko-Institut e.V. Berlin (Climate change, 18/2018). Online verfügbar unter [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/3521/publikationen/2018-07-25\\_climate-change\\_18-2018\\_beschaeftigte-braunkohleindustrie.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/3521/publikationen/2018-07-25_climate-change_18-2018_beschaeftigte-braunkohleindustrie.pdf), zuletzt geprüft am 08.03.2019.
- Hertzer, Daniela** (2015): Ein neuer See entsteht. Lausitz Energie Bergbau AG; Lausitz Energie Kraftwerk AG (Seitenblick Blog). Online verfügbar unter <https://www.leag.de/de/blog/artikel/ein-neuer-see-entsteht/>, zuletzt aktualisiert am 16.02.2015, zuletzt geprüft am 14.02.2019.
- Hertzer, Daniela** (2018a): Sicherheitsbereitschaft: Stunde null in Jänschwalde. Lausitz Energie Bergbau AG; Lausitz Energie Kraftwerk AG. Cottbus. Online verfügbar unter <https://www.leag.de/de/blog/artikel/sicherheitsbereitschaft-stunde-null-in-jaenschwalde/>, zuletzt geprüft am 15.03.2019.

- Hertzer, Daniela (2018b): #EsistZeit: Aufstehen für die Lausitz.** Lausitz Energie Bergbau AG; Lausitz Energie Kraftwerk AG. Cottbus. Online verfügbar unter <https://www.leag.de/de/blog/artikel/esistzeit-aufstehen-fuer-die-lausitz/>, zuletzt geprüft am 18.03.2019.
- Icha, Petra (2018): Entwicklung der spezifischen Kohlendioxid-Emissionen des deutschen Strommix in den Jahren 1990 bis 2017.** Aktualisierung auf Basis von Climate Change 15/2017. Unter Mitarbeit von Gunter Kuhs. Dessau-Roßlau (Climate change). Online verfügbar unter [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-05-04\\_climate-change\\_11-2018\\_strommix-2018\\_0.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-05-04_climate-change_11-2018_strommix-2018_0.pdf), zuletzt geprüft am 14.02.2019.
- IG Bergbau, Chemie, Energie (2017): Satzung der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie.** Hannover. Online verfügbar unter <https://www.ig-bce.de/vanity/renderDownloadLink/398/8538>, zuletzt aktualisiert am 01.01.2018, zuletzt geprüft am 28.02.2019.
- IG Bergbau, Chemie, Energie (12.10.2018a): Tausende fordern Gute Arbeit in ihrer Heimat. "Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" in der Lausitz.** HTML. Online verfügbar unter <https://www.igbce.de/strukturkommission-in-der-lausitz/174340>, zuletzt geprüft am 28.02.2019.
- IG Bergbau, Chemie, Energie (12.10.2018b): Tausende fordern Gute Arbeit in ihrer Heimat. "Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" in der Lausitz.** HTML. Online verfügbar unter <https://cottbus.igbce.de/strukturkommission-in-der-lausitz/174340>, zuletzt geprüft am 18.03.2019.
- IG Bergbau, Chemie, Energie (2019): IG BCE - Organisation.** Hannover. Online verfügbar unter <https://www.igbce.de/igbce/organisation>, zuletzt aktualisiert am 2019, zuletzt geprüft am 28.02.2019.
- IG Bergbau, Chemie, Energie - Bezirk Cottbus (2017): IG BCE Bezirksleitung. Bezirk Cottbus.** Cottbus. Online verfügbar unter <https://cottbus.igbce.de/bezirk-cottbus/bezirksvorstand>, zuletzt aktualisiert am 19.09.2017, zuletzt geprüft am 28.02.2019.
- IG Bergbau, Chemie, Energie - Bezirk Cottbus (30.09.2018): Sicherheitsbereitschaft hinterlässt 600 leere Stühle. LEAG-Mitarbeiter begleiten Jänschwalder Block F unter stillem Protest in die Sicherheitsbereitschaft.** Cottbus. HTML. Online verfügbar unter <https://cottbus.igbce.de/sicherheitsbereitschaft-hinterlaesst-600-leere-stuehle/173710>, zuletzt geprüft am 15.03.2019.
- Industrie- und Handelskammer Cottbus; Industrie- und Handelskammer Dresden (16.11.2018): Strukturwandel: Maßnahmen für die Lausitzer Wirtschaft gefordert.** Pres-semitteilung der Industrie- und Handelskammern Cottbus und Dresden. Kaltschmidt, Robert, [kaltschmidt@cottbus.ihk.de](mailto:kaltschmidt@cottbus.ihk.de). HTML. Online verfügbar unter <https://www.cottbus.ihk.de/servicemarken/presse/Pressemitteilungen/strukturwandel-pm/4257326>, zuletzt geprüft am 01.03.2019.

- Kersting, Silke** (2019): Spitzenverbände der Wirtschaft warnen vor frühzeitigem Kohleausstieg. Die Wirtschafts-Spitzenverbände warnen vor hohen Zusatzkosten durch den Kohleausstieg. Der Bund müsse insbesondere die Industrie kompensieren. In: Handelsblatt 2019, 22.01.2019. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/strompreise-spitzenverbande-der-wirtschaft-warnen-vor-fruehzeitigem-kohleausstieg/23894812.html?ticket=ST-1569021-QqIMOrcsKJ0xffceg3kC-ap5>, zuletzt geprüft am 01.03.2019.
- Kersting, Silke; Stratmann, Klaus** (2018): Die Öko-Lüge – Wie Deutschland seine Vorreiterrolle beim Klimaschutz verspielt. Handelsblatt GmbH. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energie-wende-die-oeko-luege-wie-deutschland-seine-vorreiterrolle-beim-klimaschutz-verspielt/23192396.html>, zuletzt aktualisiert am 18.10.2018, zuletzt geprüft am 31.01.2019.
- Klima-Allianz Deutschland** (2018): Grundlagenpapier der Klima-Allianz Deutschland. Online verfügbar unter [https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user\\_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Hintergrund/Grundlagenpapier\\_Klima-Allianz\\_Deutschland\\_2018.pdf](https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Hintergrund/Grundlagenpapier_Klima-Allianz_Deutschland_2018.pdf), zuletzt geprüft am 11.03.2019.
- Kluge, Jan; Lehmann, Robert; Ragnitz, Joachim; Rösel, Felix; Gäbler, Stefanie** (2014): Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz. Bestandsaufnahme und Perspektiven : Gutachten im Auftrag der Wirtschaftsinitiative e.V. (WIL). Dresden: Ifo Institut Niederlassung Dresden (ifo Dresden Studien, 71). Online verfügbar unter <http://hdl.handle.net/10419/167461>.
- Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung"** (2019): Abschlussbericht. Berlin. Online verfügbar unter [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4), zuletzt geprüft am 01.02.2019.
- Körzell, Stefan** (2019): Kohleausstieg: Wer einen sozial gerechten Strukturwandel will, muss investieren. Kohlekompromiss. Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH. Online verfügbar unter <https://www.vorwaerts.de/artikel/kohleausstieg-sozial-gerechten-strukturwandel-will-investieren>, zuletzt aktualisiert am 13.02.2019, zuletzt geprüft am 27.02.2019.
- Lausitz Energie Bergbau AG**: LEAG - Das Unternehmen. Online verfügbar unter <https://www.leag.de/de/unternehmen/>, zuletzt geprüft am 12.02.2019.
- Lausitz Energie Bergbau AG** (2018): Geschäftsfeld Bergbau. Die Lausitzer Tagebaue. Online verfügbar unter <https://www.leag.de/de/geschaeftsfelder/bergbau/>, zuletzt geprüft am 06.02.2019.
- Lausitz Energie Bergbau AG; Lausitz Energie Kraftwerk AG** (2018): Voller Energie rund um die Uhr. Kompetenz für eine sichere Versorgung. Online verfügbar unter [https://www.leag.de/fileadmin/user\\_upload/pdf/LEAG-Image\\_Broschuere\\_01.pdf](https://www.leag.de/fileadmin/user_upload/pdf/LEAG-Image_Broschuere_01.pdf), zuletzt geprüft am 13.02.2019.
- Lausitz Energie Bergbau AG; Lausitz Energie Kraftwerk AG** (2019a): Bergbau und Kraftwerke. Zahlen und Fakten 2018. Online verfügbar unter [https://www.leag.de/fileadmin/user\\_upload/pdf/LEAG\\_Zahlen-und-Fakten\\_2018.pdf](https://www.leag.de/fileadmin/user_upload/pdf/LEAG_Zahlen-und-Fakten_2018.pdf), zuletzt aktualisiert am Januar 2019, zuletzt geprüft am 12.02.2019.

- Lausitz Energie Bergbau AG**; Lausitz Energie Kraftwerk AG (2019b): Engagement an unseren Standorten. Online verfügbar unter <https://www.leag.de/de/unternehmen/engagement/>, zuletzt geprüft am 15.02.2019.
- Lausitz Energie Bergbau AG**; Lausitz Energie Kraftwerk AG (2019c): Kraftwerk Jänschwalde. Online verfügbar unter <https://www.leag.de/de/geschaeftsfelder/kraftwerke/kraftwerk-jaenschwalde/>, zuletzt geprüft am 14.02.2019.
- Lausitzrunde** (2019a): Das Bündnis. Die Lausitzrunde. Online verfügbar unter <https://www.lausitzrunde.com/index.php/lausitzrunde>, zuletzt aktualisiert am 2019, zuletzt geprüft am 28.02.2019.
- Lausitzrunde** (2019b): Klare Ziele. Die Strukturentwicklung gemeinsam vorantreiben. Online verfügbar unter <https://www.lausitzrunde.com/index.php/themen>, zuletzt aktualisiert am 2019, zuletzt geprüft am 28.02.2019.
- Leif, Thomas** (Hg.) (2006): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 514). Online verfügbar unter [http://deposit.dnb.de/cgi-bin/dokserv?id=2773587&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.dnb.de/cgi-bin/dokserv?id=2773587&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).
- Leif, Thomas; Speth, Rudolf** (2006): Die fünfte Gewalt - Anatomie des Lobbyismus in Deutschland. In: Thomas Leif (Hg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 514), S. 10–36.
- Lösche, Peter** (2007): Verbände und Lobbyismus in Deutschland. Stuttgart: Kohlhammer.
- Meier, Friederike** (2016): Lausitzer Klimacamp baut auf. In: [klimaretter.info](http://www.klimaretter.info), 07.05.2016. Online verfügbar unter <http://www.klimaretter.info/protest/hintergrund/21185-lausitzer-klimacamp-baut-auf>, zuletzt geprüft am 19.03.2019.
- Mieritz, Tina; Scholz, Sebastian** (2018): Kohleausstieg festschreiben! Der hohe Kohleanteil an der Stromversorgung in Deutschland gefährdet die Erreichung der Klimaschutzziele und die Glaubwürdigkeit der deutschen Energiewende. Unter Mitarbeit von Jürgen Reincke, Werner Kratz, Josef Tumbirck und Ilona Steffen. NABU e.V. Online verfügbar unter [https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/180808\\_nabu-kohleposition.pdf](https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/180808_nabu-kohleposition.pdf), zuletzt geprüft am 10.03.2019.
- Mitteldeutscher Rundfunk** (2018a): Pfiffe für Kohlekommission in Weißwasser. Kumpel demonstrieren für ihre Jobs. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/kohlekommission-lausitz-besuch-sachsen-102.html>, zuletzt aktualisiert am 11.10.2018, zuletzt geprüft am 18.03.2019.
- Mitteldeutscher Rundfunk** (2018b): Viele Orte wegen Braunkohleförderung verschwunden. Exklusive Datenrecherche. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/wirtschaft/regional/mehr-als-achtzigtausend-menschen-mussten-braunkohle-weichen-100.html#sprung1>, zuletzt aktualisiert am 23.10.2018, zuletzt geprüft am 07.02.2019.

- Mitteldeutscher Rundfunk** (2019): Der Braunkohleabbau im Mitteldeutschen und Lausitzer Revier. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/zeitreise/braunkohleabbau-mitteldeutschland-lausitz-100.html>, zuletzt aktualisiert am 25.01.2019, zuletzt geprüft am 07.02.2019.
- NABU e.V.** (2017): Bundessatzung des NABU (Naturschutzbund Deutschland) e. V. Berlin. Online verfügbar unter [https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu\\_satzung.pdf](https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu_satzung.pdf), zuletzt aktualisiert am 05.11.2017, zuletzt geprüft am 10.03.2019.
- NABU Sachsen e.V.** (09.02.2018): Kohleausstieg jetzt! NABU Sachsen fordert ein klares Bekenntnis des Ministerpräsidenten und kreative Ideen für die Braunkohleregionen. Leipzig. Steuer, Philipp, [steuer@NABU-Sachsen.de](mailto:steuer@NABU-Sachsen.de). HTML. Online verfügbar unter [https://sachsen.nabu.de/modules/presseservice/index.php?popup=true&db=presseservice\\_sachsen&show=5962](https://sachsen.nabu.de/modules/presseservice/index.php?popup=true&db=presseservice_sachsen&show=5962), zuletzt geprüft am 10.03.2019.
- NaturFreunde Berlin e.V.** (2018): Tempo machen beim Kohleausstieg! Kohle stoppen – Klimaschutz jetzt! Berlin. Hiks, Uwe, Paretzer Straße 7, 10713 Berlin, Tel. 030 810560257. HTML. Online verfügbar unter <https://www.klima-kohle-demo.de/aufruf/>, zuletzt geprüft am 18.03.2019.
- NaturFreunde Berlin e.V.** (Dezember 2018): Doppel-Demo zum Klimaschutz: Endspiel um unsere Zukunft - Über 36.000 Menschen fordern in Köln und Berlin Schutz vor Klima-Desaster. Berlin, Köln. Hiks, Uwe, Paretzer Straße 7, 10713 Berlin, Tel. 030810560257. HTML. Online verfügbar unter <https://www.klima-kohle-demo.de/presse/>, zuletzt geprüft am 18.03.2019.
- NaturFreunde Deutschlands e.V.** (24.06.2018): "Wir brauchen den schnellen Ausstieg aus der Kohleförderung!". #StopKohle-Demonstration in Berlin: Tausende Menschen demonstrierten für den Kohleausstieg. Berlin. HTML. Online verfügbar unter <https://www.naturfreunde.de/wir-brauchen-den-schnellen-ausstieg-aus-der-kohlefoerderung>, zuletzt geprüft am 07.03.2019.
- NaturFreunde Deutschlands e.V.** (2019a): Mitgliedschaften, Bündnisbeteiligungen & Kooperationen der NaturFreunde Deutschlands. Berlin. Online verfügbar unter [https://www.naturfreunde.de/mitgliedschaften\\_und\\_kooperationen](https://www.naturfreunde.de/mitgliedschaften_und_kooperationen), zuletzt aktualisiert am 2019, zuletzt geprüft am 07.03.2019.
- NaturFreunde Deutschlands e.V.** (2019b): Über uns - Die NaturFreunde Deutschlands. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.naturfreunde.de/ueber-uns>, zuletzt aktualisiert am 2019, zuletzt geprüft am 07.03.2019.
- Norddeutscher Rundfunk** (2018): Zehntausende fordern Kohleausstieg. Demos in Köln und Berlin. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/anti-kohledemos-101.html>, zuletzt aktualisiert am 01.12.2018, zuletzt geprüft am 18.03.2019
- Öko-Institut e.V.:** Leitbild des Öko-Instituts. Freiburg. Online verfügbar unter [https://www.oeko.de/uploads/oeko/das\\_institut/Leitbild\\_Oeko-Institut.pdf](https://www.oeko.de/uploads/oeko/das_institut/Leitbild_Oeko-Institut.pdf), zuletzt geprüft am 07.03.2019.
- Öko-Institut e.V.** (2017): „Wir wünschen uns was!“. Jahresbericht des Öko-Instituts 2017. Freiburg. Online verfügbar unter [https://www.oeko.de/fileadmin/oeko-doc/Jahresbericht\\_Oeko-Institut\\_2017.pdf](https://www.oeko.de/fileadmin/oeko-doc/Jahresbericht_Oeko-Institut_2017.pdf), zuletzt geprüft am 07.03.2019.

- Pieper**, Bernd; Bindig, Belinda (2017): Jahresbericht 2017. NABU e.V. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu/180731-nabu-jahresbericht-2017.pdf>, zuletzt geprüft am 10.03.2019.
- Pötzsch**, Horst (2009): Die deutsche Demokratie. 5. überarb. und aktualisierte Aufl. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Zeitbilder, 10).
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung** (2007): Zusammenfassung des Vorsitzes. Heiligendamm, 8. Juni 2007. Online verfügbar unter [http://www.g-8.de/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/Ab-schlussserkl\\_C3\\_A4rungen/Chairs-summary,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Chairs-summary.pdf](http://www.g-8.de/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/Ab-schlussserkl_C3_A4rungen/Chairs-summary,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Chairs-summary.pdf), zuletzt aktualisiert am 08.06.2007, zuletzt geprüft am 31.01.2019.
- Pro Lausitzer Braunkohle e.V.**: Ein Herz für saubere Lausitzer Kohle oder wie die Lausitz der Schlüssel zum Gelingen der Energiewende sein kann. Eine Sammlung von Informationen und Fakten für die Mitglieder des Deutschen Bundestags. Cottbus. Online verfügbar unter <https://www.pro-lausitz.de/index.php/Download.html>, zuletzt geprüft am 28.02.2019.
- Pro Lausitzer Braunkohle e.V.** (2019a): Partner. Laut für die Heimat - Miteinander für die Lausitz. Cottbus. Online verfügbar unter <https://www.pro-lausitz.de/index.php/partner.html>, zuletzt geprüft am 28.02.2019.
- Pro Lausitzer Braunkohle e.V.** (2019b): Pro Lausitzer Braunkohle e.V. - eine Bürgerbewegung für die Lausitz. Unser Antrieb. Cottbus. Online verfügbar unter [https://www.pro-lausitz.de/index.php/Unser\\_Antrieb.html](https://www.pro-lausitz.de/index.php/Unser_Antrieb.html), zuletzt geprüft am 28.02.2019.
- Richter**, Tim (2018): Die Anzahl der haupt- und nebenamtlich geführten Verbände - Entwicklung seit 1990. *verbaende.com – das Deutsche Verbände Forum*. Online verfügbar unter <https://www.verbaende.com/hintergruende/studien-statistiken.php>, zuletzt aktualisiert am 08.12.2018, zuletzt geprüft am 25.02.2019.
- Roose**, Jochen (2006): Auf dem Weg zur Umweltlobby. Zur Vertretung von Umweltintereessen in Deutschland. In: Thomas Leif (Hg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 514), S. 272–289.
- Salje**, Peter (2018): Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017. Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2017) : vom 21.07.2014 (BGBl. I S. 1066) in der Fassung von Art. 4 des Gesetzes zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr und zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 22.07.2014 (BGBl. I S. 1218), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Einführung von Ausschreibungen für Strom aus erneuerbaren Energien und zu weiteren Änderungen des Rechts der erneuerbaren Energien v. 13.10.2016, BGBl. I S. 2258, sowie durch Art. 2 des Gesetzes zur Änderung von Bestimmungen des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes vom 22.12.2016 (BGBl. I S. 3106, 3124) idF der Mieterstromnovelle vom 17.07.2017 (BGBl. I S. 2532) : Kommentar. 8., völlig neu bearbeitete Auflage. Köln: Carl Heymanns Verlag (Heymanns Kommentare).

- Schirmer**, Thoralf (2016): Nach dem Protest im Lausitzer Revier – eine Bilanz. Lausitz Energie Bergbau AG; Lausitz Energie Kraftwerk AG. Cottbus. Online verfügbar unter <https://www.leag.de/de/blog/artikel/nach-dem-protest-im-lausitzer-revier-eine-bilanz/>, zuletzt geprüft am 19.03.2019.
- Siegel**, Jan (2019): Milliarden nur mit einem festen Ausstiegskonzept. Strukturwandel in der Lausitz. In: Lausitzer Rundschau, 15.01.2019. Online verfügbar unter [https://www.lr-online.de/nachrichten/wirtschaft/greenpeace-milliarden-nur-mit-einem-festen-kohle-ausstiegskonzept\\_aid-35596039](https://www.lr-online.de/nachrichten/wirtschaft/greenpeace-milliarden-nur-mit-einem-festen-kohle-ausstiegskonzept_aid-35596039), zuletzt geprüft am 04.03.2019.
- Speth**, Rudolf (2006): Wege und Entwicklung der Interessenpolitik. In: Thomas Leif (Hg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 514), S. 38–52.
- Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.** (2018): Braunkohle im Überblick 1989 - 2017. Online verfügbar unter <https://kohlenstatistik.de/3-0-Uebersichten.html>, zuletzt aktualisiert am März 2018, zuletzt geprüft am 12.02.2019.
- Strogies**, Michael; Gniffke, Patrick (2018): Berichterstattung unter der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen und dem Kyoto-Protokoll 2018. Nationaler Inventarbericht zum Deutschen Treibhausgasinventar 1990 – 2016. Dessau-Roßlau (Climate change). Online verfügbar unter [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-05-24\\_climate-change\\_12-2018\\_nir\\_2018.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-05-24_climate-change_12-2018_nir_2018.pdf), zuletzt geprüft am 14.02.2019.
- Verein Lausitzcamp** (18.05.2016): Größtes Lausitzcamp aller Zeiten war voller Erfolg. Proschim. Kracheel, Marvin, [presse@lausitzcamp.info](mailto:presse@lausitzcamp.info). HTML. Online verfügbar unter <https://archiv.lausitzcamp.de/pressemitteilung-vom-18-05-2016-groesstes-lausitzcamp-aller-zeiten-war-voller-erfolg/>, zuletzt geprüft am 19.03.2019.
- Verein Lausitzcamp** (2018): Über uns. Was ist ein Klimacamp? Cottbus. Online verfügbar unter <https://www.lausitzcamp.de/ueber-uns/>, zuletzt aktualisiert am 2018, zuletzt geprüft am 19.03.2019.
- Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V.** (29.09.2017): Industrie 4.0 - Klares Bekenntnis zum heimischen Bergbau notwendig. Berlin, [info@v-r-b.de](mailto:info@v-r-b.de). HTML. Online verfügbar unter <https://v-r-b.de/industrie-4-0-klares-bekenntnis-zum-heimischen-bergbau-notwendig/>, zuletzt geprüft am 27.02.2019.
- Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V.** (2019): Die Vereinigung. Online verfügbar unter <https://v-r-b.de/die-vereinigung/>, zuletzt geprüft am 27.02.2019.
- Vereinte Nationen** (2015): Übereinkommen von Paris. Vereinte Nationen. Paris. Online verfügbar unter [https://www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Klimaschutz/paris\\_abkommen\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf), zuletzt aktualisiert am 14.06.2016, zuletzt geprüft am 12.02.2019.
- Wussmann**, Iris; Rausch, Andreas (2016): "Herzschlagader" von Schwarze Pumpe war abgeklemmt. Braunkohle-Aktivisten blockierten Lausitzer Kraftwerk. Rundfunk Berlin-Brandenburg. Online verfügbar unter <https://www.rbb24.de/wirtschaft/thema/braunkohle/beitraege/protestaktion-gegen-braunkohle.html>, zuletzt aktualisiert am 16.05.2016, zuletzt geprüft am 19.03.2019.

**WWF Deutschland (2018):** Jahresbericht 2017/2018. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.wwf.de/ueber-uns/jahresbericht/#3>, zuletzt geprüft am 11.03.2019.

**WWF Deutschland (2019):** Unser Leitbild. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.wwf.de/ueber-uns/unser-leitbild/>, zuletzt aktualisiert am 2019, zuletzt geprüft am 11.03.2019.

## Rechtsquellenverzeichnis

**Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz)**

i. d. F. der Bekanntmachung vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2532)

**Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland** in der im Bundesgesetzblatt Teil

III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Juli 2017 (BGBl. I S. 2347) geändert worden ist

**Protokoll von Kyoto**, Beschluss vom 11. Dezember 1997 zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen

**Übereinkommen von Paris**, Beschluss der Vereinten Nationen vom 12. Dezember 2015

## **Eidesstattliche Versicherung**

*Ich versichere hiermit an Eides Statt, dass ich die vorgelegte Bachelorarbeit selbstständig verfasst, nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht habe und die Bachelorarbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegt worden ist.*

*Die gedruckte und digitalisierte Version der Bachelorarbeit sind identisch.*

*Meißen, Datum*

*Unterschrift*